

Wilhelm Staudacher (Hrsg.)

Christliche Demokratie in Deutschland heute

Beiträge des Kuratoriums der Konrad-Adenauer-Stiftung

Wilhelm Staudacher (Hrsg.)

Christliche Demokratie in Deutschland heute

Beiträge des Kuratoriums der Konrad-Adenauer-Stiftung

Mit einem Grußwort von

Roman Herzog

Eine Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Bei den hier abgedruckten Beiträgen handelt es sich um überarbeitete Fassungen der Vorträge, die im Rahmen der Klausurtagung des Kuratoriums der Konrad-Adenauer-Stiftung im Mai 2005 in Jagsthausen gehalten worden sind.

Redaktion: Tobias Wangermann, Birgit Ramscheid (extern)

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Umschlag nach einem Entwurf der Druckerei Paffenholz, Bornheim, unter Verwendung eines Fotos der Götzenburg von Karl Schuwerk, Weil der Stadt.

© 2005, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin

Alle Rechte vorbehalten.

Nachdruck – auch auszugsweise – allein mit Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Printed in Germany.

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 3–937731–62–8

Inhalt

Grußwort <i>Roman Herzog</i>	7
Einleitung <i>Michael Borchard</i>	9
Christliche Demokratie in Deutschland: Die demoskopische Ausgangslage <i>Klaus-Peter Schöppner</i>	15
Zur aktuellen Ortsbestimmung der Christlichen Demokratie <i>Karl-Rudolf Korte</i>	37
Die Idee der solidarischen Leistungsgesellschaft: Leitidee und Vision der Christlichen Demokratie? <i>Alois Glück</i>	51
„Patriotisch und konservativ?“ Zum geistigen Profil der christlichen Demokratie <i>Jörg-Dieter Gauger</i>	67

Christliche Demokratie in Deutschland: Wie überwindet die Politik das Glaubwürdigkeitsdefizit bei den Bürgern? <i>Thomas Heilmann</i>	85
Die Autoren	107
Das Kuratorium	109

Grußwort

Roman Herzog

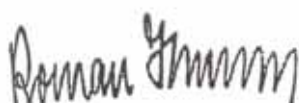
Unsere politische Kultur ist in einer Krise. Wenn Politik und Politiker nicht mehr das Vertrauen der Menschen haben und wenn diese ihren Vorschlägen weder Kompetenz zubilligen noch an deren Umsetzung glauben, steht politisches Handeln grundsätzlich in Frage. Wird die Ernsthaftigkeit politischer Entscheidungen und Entscheider mit einem tiefgreifenden und generellen Misstrauen beantwortet, werden die Unterscheidbarkeit der politischen Konzepte wie auch die Eigenständigkeit der Parteien nicht mehr anerkannt, sind dem Populismus Tür und Tor geöffnet.

Notwendig wäre aber gerade jetzt das Gegenteil: In einer globalisierten Welt, die sich mit rasanter Geschwindigkeit verändert, die erhebliche Chancen bietet, aber auch erhebliche Risiken mit sich bringt, ist eine

durchsetzungsfähige Politik unabdingbar. Erforderlich ist eine Politik, die Orientierung bietet, Problemlösungen erarbeitet und umsetzt und von den Bürgerinnen und Bürgern als wahrhaftig empfunden und mitgetragen wird.

Gerade die christliche Demokratie muss sich dieser Herausforderung stellen. Auf dem festen Fundament ihres Menschenbildes aufbauend hat sie nach dem Krieg entscheidende Weichen für eine sichere Zukunft in einem vereinten Europa gestellt. Ist sie heute fähig, an diese Erfolge anzuknüpfen? Wie kann sie mit einer wertorientierten und glaubwürdigen Politik Orientierung bieten und Lösungsangebote unterbreiten, die auch akzeptiert werden?

Diesen Fragen hat sich das Kuratorium der Konrad-Adenauer-Stiftung auf seiner Klausurtagung im Mai 2005 gestellt. Die aus seinem zweiten Treffen in Jagsthausen hervorgegangenen Beiträge sollen Impulse in einer Debatte setzen, in der es um die Zukunft christlich-demokratischer Politik und um die Zukunft unseres Landes geht. Wir wünschen uns, dass diese Publikation einen Beitrag leisten kann. ■



Prof. Dr. Roman Herzog
Vorsitzender des Kuratoriums

Einleitung

Michael Borchard

Bereits zum zweiten Mal hat das Kuratorium der Konrad-Adenauer-Stiftung sich auf der Götzenburg in Jagsthausen in seiner Klausurtagung umfassend mit einer grundsätzlichen Fragestellung befasst. Während sich die erste Sitzung im vergangenen Jahr mit den Grundlagen und Optionen für eine zukunftsfähige Politik in einer dynamisierten Welt auseinandergesetzt hat, hat sich das Gremium in diesem Jahr der Frage gewidmet, vor welchen gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen die christlich-demokratische Bewegung gegenwärtig steht.

Nur auf den ersten Blick stehen die beiden Themen in keinem wirklichen Zusammenhang. Dabei liegt die logische Verknüpfung auf der Hand: Die Dynamisierung aller Lebensabläufe, die fundamentalen Veränderungen, die in ihren politischen und gesellschaftlichen Konsequenzen noch gar nicht vollständig absehbar sind, erschweren rationale Politik und verursachen eine tiefe Verunsicherung bei den Menschen. Sie gehen einher mit rapide sinkendem Vertrauen in die Problemlösungskompetenz von Politik und Politikern. „Die Menschen haben das Gefühl“, so hat Roman Herzog während der ersten Klausur festgestellt, „in einem breiten, ziemlich reißenden Strom mit zu schwimmen, aber sie kennen das Ziel des Stromes nicht“.

Wie kann es gelingen, in einer solchen Situation, in der politische Führung immer komplizierter, zeitaufwendiger, kommunikationsabhängiger und unkalkulierbarer geworden ist, Sicherheit und Orientierung zu schaffen und zu vermitteln? Wie kann man Werte vermitteln, wenn uns bisweilen nicht einmal ganz klar ist, was wir eigentlich als Wert begreifen? Wie kann in einer solchen Phase gravierender Veränderungen und Herausforderungen eine wirklich zukunftsfähige Politik erarbeitet und durchgesetzt werden.

Die christliche Demokratie hat sich in der Vergangenheit vielfach als die politische Kraft erwiesen, die in Umbruch- und Aufbruchsituationen Führungskraft bewiesen und entscheidende Weichen gestellt hat. Sie hat in der Gründungsphase unseres Landes Beiträge zu einer Staatsraison geliefert, die bis heute fortwirken. Sie hat entscheidende Akzente für Frieden in Europa und für soziale Sicherheit in Deutschland gesetzt. Sie hat mit ihren programmatischen Debatten über die „neue soziale Frage“, über die neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau etc. Impulse für eine moderne Gesellschaft gesetzt. Sie hat mit der deutschen Wiedervereinigung in Frieden

und Freiheit ihren Führungswillen erneut deutlich gemacht. Immer wieder ist es ihr gelungen, in unübersichtlichen Zeiten Zukunftsentwürfe vorzustellen, die breite Akzeptanz gefunden haben.

Heute scheint es notwendiger denn je ein solches Zukunftsversprechen zu erarbeiten – aber auch möglicherweise schwieriger. Denn die christliche Demokratie steht nicht erst im Umfeld der Bundestagswahlen in diesem Jahr vor einem großen Dilemma: Sie muss – angesichts der immensen Herausforderungen einer veränderten Welt – dazu beitragen, dass vieles grundlegend anders gemacht wird, wenn Deutschland im internationalen Wettbewerb bestehen will, wenn wir neue Arbeitsplätze schaffen und den Wandel von Strukturen bewältigen wollen. Die christliche Demokratie muss Bewusstsein prägen und Mentalitäten ändern, wenn sie Probleme lösen will, und sie wird nicht umhin kommen, die politischen Notwendigkeiten klar zu benennen.

Aber zugleich muss sie Lösungsangebote unterbreiten, die ihr die politischen Mehrheiten verschaffen, um ihre politischen Ideen durchsetzen zu können. Und dies im Bewusstsein der Tatsache, dass Cassandra ungern gewählt wird und noch immer derjenige bestraft wird, der der Bevölkerung gravierende Einschnitte zumutet! Wer durch Täler führen will, muss die Gipfel klar vor Augen haben und Sicherheit vermitteln können, indem er über klare Wegkarten und einen verlässlichen Kompass verfügt. Warum es der christlichen Demokratie in diesem September nicht gelungen ist, Vertrauen in ihre politischen Grundideen zu wecken, sollte noch gründlich analysiert werden. Wichtig bleibt, dass die christliche Demokratie langfristige Leitideen und Zukunftsvorstellungen entwickeln muss, wenn sie die

Bürgerinnen und Bürger neu für ihre politischen Grundüberzeugungen begeistern will.

Das Kuratorium hat auf seiner Sitzung den Versuch unternommen, die Ausgangssituation zu beschreiben, Leitideen zu entwickeln und Kommunikationsformen zu finden, die Vertrauen wecken. Klaus-Peter Schöppner beschreibt in seinem Impulsreferat die demoskopische Ausgangssituation und zeigt das Verhältnis der Wählerinnen und Wähler zu den Parteien auf. Karl-Rudolf Korte nimmt in seinem Beitrag eine aktuelle Ortsbestimmung der christlichen Demokratie vor, die sich auch der Frage widmet, wie man Mehrheiten für unpopuläre Entscheidungen gewinnen kann. Alois Glück beschreibt mit seinem Konzept der solidarischen Leistungsgesellschaft, wie eine Leitidee, eine Vision der christlichen Demokratie beschaffen sein kann. Jörg-Dieter Gauger zeigt auf, welches geistige Profil die christliche Demokratie reaktivieren und aufweisen muss, damit in diesem Rahmen solche Leitideen und Visionen entwickelt werden können. Thomas Heilmann stellt schließlich die Frage, wie man Profil und Visionen kommunizieren muss, um damit das Glaubwürdigkeitsdefizit bei den Bürgerinnen und Bürgern überwinden zu können.

Das Kuratorium hat seine Sitzung im Mai dieses Jahres durchgeführt – also vor der Entscheidung für eine vorgezogene Bundestagswahl. Ihre Erkenntnisse sind immer noch aktuell, vielleicht in der Phase der Neuformierung, in den Monaten nach der Wahl sogar aktueller als zuvor! Für diesen Prozess aber auch darüber hinaus soll die vorliegende Dokumentation Impulse geben. Den Referenten der Tagung, aber auch den Mitgliedern des Kuratoriums, die mit ihrer Beteiligung an der Diskussion dazu einen wichtigen

Beitrag geleistet haben, sei im Namen der Konrad-Adenauer-Stiftung und des Herausgebers sehr herzlich für ihren Einsatz gedankt. ■

Christliche Demokratie in Deutschland:

Die demoskopische Ausgangslage

Klaus-Peter Schöppner

Aus der Perspektive des Meinungsforschers stelle ich fest, dass wir gegenwärtig vor zwei gravierenden Problemen stehen, die zwar seit 25 Jahren bekannt sind, jedoch noch nie so virulent waren wie heute: Das eine betrifft den immensen Vertrauensverlust der Wähler in die Politik, das andere die große Zukunftsangst in der Bevölkerung.

Der Vertrauensverlust in die Arbeit der politischen Parteien hat in den letzten Jahren dramatisch zugenommen. Im Jahr 2004 setzten lediglich acht Prozent der deutschen Wähler Vertrauen in Parteien und Politiker; 1992 waren es immerhin noch 36 Prozent. Dieser Trend lässt sich, wenn auch

nicht in der gleichen Dimension, auf das Vertrauen in Unternehmen übertragen.

Vertrauen beeinflusst den Zusammenhalt einer Gesellschaft ebenso wie den Zusammenhalt innerhalb eines Unternehmens. Ist Vertrauen gegeben, ziehen alle an einem Strang und es ist möglich, gemeinsam bestimmte Aufgaben anzugehen. Fehlt das Vertrauen, setzt sich Egozentrik durch, denn jeder ist bemüht, seinen eigenen Vorteil zu suchen: Statt Teamarbeit – eine Arbeitsmethode, die sich in der deutschen Politik gegenwärtig dringend durchsetzen müsste –, erleben wir das Konkurrenzverhalten rivalisierender Einzelkämpfer.

Doch worin liegen die Ursachen für diesen Vertrauensverlust begründet? Zu dieser Frage möchte ich einige demoskopische Daten vorlegen: Gerade einmal 20 Prozent der Bundesbürger schenken den Aussagen von Politikern Glauben. Nur noch 25 Prozent sind der Auffassung, dass Politikern das Bürgerwohl wichtiger ist als das Eigenwohl. 83 Prozent der Deutschen unterstellen Politikern, dass sie nicht mehr die Sorgen der „kleinen Leute“ kennen. Daraus folgt, dass 80 Prozent der Befragten der Meinung sind, Politiker mischen sich in alles ein. 75 Prozent wünschen sich sogar eine stärkere Mitbestimmung des Volkes. Der Ruf nach einer Basisdemokratie wird demnach lauter.

Beträchtlich in Schieflage geraten ist *erstens* die psychologische Legitimation und Glaubwürdigkeit der Politiker und Parteien. Auf die Frage „Wer sagt Ihnen die Wahrheit?“ entschieden sich die Befragten an erster Stelle für Ärzte (50 Prozent), an zweiter Stelle für Priester/Pastoren (49 Prozent) und an dritter Stelle für Richter (46 Prozent). Mit nur drei Prozent landeten

Politiker weit abgeschlagen auf dem letzten Platz und ließen lediglich die Berufsgruppe der Gewerkschaftler um einen Prozentpunkt hinter sich.

Eine *zweite Ursache* für den Vertrauensverlust in die Politik ist die von den Wählern empfundene Inkompetenz der Parteien bei der Bewältigung von wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen, die jeden Bundesbürger in der einen oder anderen Form persönlich betreffen. Die Meinungsbildung der Deutschen richtet sich an der arbeitsmarktpolitischen Realität aus: Unter Bundeskanzler Helmut Kohl waren 4,5 Millionen Menschen in der Bundesrepublik ohne Erwerbstätigkeit. Während der Regierungszeit von Gerhard Schröder stieg die Zahl der Arbeitslosen auf mittlerweile fünf Millionen an. Aus dieser simplen Aneinanderreihung von Fakten zieht der Wähler das Fazit, dass Politiker – gleich welcher *Couleur* – anscheinend nicht in der Lage sind, mit den anstehenden Problemen fertig zu werden.

Über 50 Prozent der Wähler billigen den Parteien bei der Erfüllung von Schlüsselaufgaben wie beispielsweise der Arbeitsmarktpolitik, dem Schuldenabbau, der Rentenversicherung, der wachstumsfördernden Wirtschaftspolitik sowie der Familienpolitik, keine Kompetenz zu. Diese Entwicklung ist Besorgnis erregend, wenn man bedenkt, dass es vor knapp zehn Jahren – also 1996/97 – im Durchschnitt noch 25 Prozent waren, die die Parteien bei der Wahrnehmung von Kernaufgaben für inkompetent hielten. Der Eindruck von Inkompetenz hat sich somit in den letzten zehn Jahren verdoppelt.

In früheren Jahrzehnten herrschte zwischen Regierung und Opposition ein Antagonismus. Stets gab es Zeiten, in denen die Regierung von der Bevölkerung negativ bewertet wurde. Doch wenigstens die Opposition hinterließ dann bei den Bürgern den Eindruck, die Probleme unter Umständen besser

lösen zu können. Heute jedoch erhalten sowohl die Regierung als auch die Opposition schlechte Noten. Am Beispiel dieser Beurteilung zeigt sich, dass die Wähler gegenwärtig keinen Orientierungspunkt besitzen und die CDU/CSU-Opposition ebenfalls nicht den Anschein erweckt, als könne sie mit besonders kompetenten Vorschlägen aufwarten.

Der *dritte Grund* für den Vertrauensverlust der Wähler liegt in einer neuartigen Entwicklung, die man vornehmlich an der Politik der rot-grünen Bundesregierung festmachen muss: Es handelt sich um eine Politik auf Zuruf, eine Politik mangelnder Nachhaltigkeit, ein unablässiges *Trial and Error*. Lediglich zehn Prozent der Wähler können von sich behaupten, sie verstehen die Politik der Bundesregierung. Und gerade noch ein Fünftel der Wähler nimmt an, dass die Regierung nach einem Konzept vorgeht.

Politik wird von den Wählern also als absolut zufällig empfunden. Da keine Handlungsbasis existiert, schlägt sich die Unsicherheit nicht nur im Konsumbereich des Einzelnen, sondern auch in der Investitionsbereitschaft der Unternehmen nieder. Für den Bürger heißt das konkret: Wenn ich nicht weiß, was auf mich zukommt, konsumiere ich nicht. Für die Unternehmen gilt: Wenn ich nicht weiß wie die Rahmenbedingungen aussehen, dann werden in dieser Gemengelage auch keine Investitionen getätigt.

Der Verlust von Vertrauen, der Eindruck von Inkompetenz und einer zwanglosen Belanglosigkeit in der Politik führen zu einer verhängnisvollen psychologischen Kettenreaktion: Wenn Sie persönlich jemandem nicht vertrauen, ihn nicht für konsequent und kompetent halten, dann erwägen Sie auch nicht ernsthaft dessen Argumente. Im Gegenteil: Sie distanzieren sich und genauso verhält sich der Wähler.

Die *erste Folge* dieses Rückzuges besteht im Rückgang des Politikinteresses. Derzeit hält sich ein Viertel der Wahlberechtigten für politisch interessiert. Im Umkehrschluss bedeutet dies nichts anderes, als dass 75 Prozent politisch Desinteressierte in Deutschland Wahlen entscheiden. Umfragen belegen, dass das Interesse an Politik seit 1983 um die Hälfte zurückgegangen ist. Dies ist die niedrigste Quote seit Beginn unserer demoskopischen Aufzeichnungen. Was will man erreichen? Den Wähler beeinflussen oder ihn überzeugen? Beides geht häufig nicht Hand in Hand.

Ein weiterer unheilvoller Trend geht dahin, dass politische Meldungen zu Ankündigungen auf den bunten Seiten der Tageszeitungen „verkommen“. Politik wird wie Sport behandelt: Wenn Sie am Montag morgen die Zeitung aufschlagen, werden Sie bestimmte Identitäten zwischen der ersten Politik-Seite und der ersten Sport-Seite entdecken. Besonders frappierend sind die Parallelen mit den Bundesliga-Meldungen: Wer wird entlassen? Wer ist der Nachwuchsstar? Wer hat wieder ein Eigentor geschossen?

Die *zweite Folge* besteht in mangelnder Politikkenntnis. Politisches Desinteresse zieht beinahe zwangsläufig die fehlende Kenntnis von politischen Grundbegriffen nach sich. Politisch Aktiven, also Beratern, Referenten, Parlamentariern und Politikern, bieten sich kaum noch Spielräume, ihre Argumente zu formulieren und zu Gehör zu bringen: Die Wähler verstehen Argumente nicht mehr.

Also variiert die sogenannte Sonntagsfrage („Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahlen wären...“) massiv. In den letzten zwei Jahren lag die CDU zwischen 50 und 34 Prozent, die SPD zwischen 22 und 38 Prozent. Wir stehen vollkommen neuen Entwicklungen gegenüber, weil die Wähler immer kürzere Halbwertzeiten aufweisen, d.h. die Reaktionen werden immer schneller. Daraus resultiert eine mangelnde Urteilsfähigkeit, die zu

einem weiteren Problem führt: Die Wahlentscheidungen fallen häufig nach bestimmten, teilweise auch von Politmarketing-Strategen bewusst konstruierten Themen. *Agenda-Setting* bekommt eine immer größere Bedeutung.

An dieser Stelle möchte ich ein Beispiel anführen: Bei der Frage, wer den Solidaritätszuschlag in Deutschland finanziert, kristallisieren sich zwei bemerkenswerte Ergebnisse heraus. 48 Prozent der Westdeutschen sind der Auffassung, nur die Bundesbürger in Westdeutschland tragen den Solidaritätszuschlag. Aus dieser Schlussfolgerung entstehen im Westen frustrierte Reaktionen wie etwa folgende: Seit fünfzehn Jahren unterstützen wir den Wiederaufbau in Ostdeutschland, doch es passiert rein gar nichts und wir werden vom Staat ausgenommen.

Befragt man die Bundesbürger in Ostdeutschland zur Finanzierung des Solidaritätszuschlages, erhält man ebenfalls ein erstaunliches Resultat. Auch hier entsteht aus fehlendem Politikinteresse und mangelnder Politikkenntnis eine folgenschwere Perzeption: 24 Prozent der Ostdeutschen sind der Auffassung, den Solidaritätszuschlag allein zu finanzieren. Auch hier überträgt sich eine falsche Information auf die emotionale Verfasstheit vieler Wähler: Wir fühlten uns vierzig Jahre lang als Bürger zweiter Klasse, wurden ‚zwangswiedervereinigt‘ und sollen nun auch noch diese Sondersteuer bezahlen und zwar allein.

Fehleinschätzungen dieser Art ziehen sich durch alle Bereiche des öffentlichen Lebens. Gerade am eben genannten Beispiel lässt sich anschaulich darstellen, wie Wiedervereinigungspolitik unter psychologischen Gesichtspunkten aus dem Ruder läuft. Dieses Land braucht Aufklärung und eine Informationsoffensive, denn wir haben es offensichtlich – und dies ist die *dritte Folge* – mit einer absolut mangelhaften Urteilsfähigkeit in der Bevölkerung zu tun.

Entscheidungen werden willkürlich. Marketingexperten und sogenannte *Spindoctors* nehmen immer gezielter Einfluss auf politische Entscheidungen. Das Zustandekommen der politischen Entscheidung entfernt sich somit von ihren Ursprüngen, nämlich vom Wettstreit der Ideologien, der Konzepte oder zumindest der Beurteilung einer Leistung. Stattdessen beobachten wir eine Politik des Bauchgefühls.

Ich habe meine Überlegungen in einem politischen Dreisatz zusammengefasst: Zunehmende Inkompetenz, Vertrauensverlust, Visionslosigkeit führen zu abnehmendem Interesse, zu zurückgehendem Kenntnisstand. Die Bürger wenden sich von der Politik ab und die Folgen sind ein sprunghaftes, unvorhersehbares Wahlverhalten sowie eine Zufälligkeit der politischen Entscheidungen. Diesem Trend müssen wir entgegenwirken.

Die Wahlentscheidung befindet sich im Wandel. Die Wähler werden wahlverdrossener, uninteressierter und uninformatierter. Wahlen werden heute anders entschieden als noch vor einigen Jahrzehnten. Längst findet keine Auseinandersetzung mehr um Inhalte und Argumente statt, sondern es zählt der Effekt, die Medienresonanz. Es geht nicht länger um die Bewertung echter Kompetenz, sondern um den Eindruck von Kompetenz, um das Image und ein geschicktes *Agenda-Setting*, um Wählerstimmen zu mobilisieren und auf sich zu vereinigen.

Wir erleben, dass sich die Wahrnehmung von Politik in der Bevölkerung von der Verstandesebene hin zur Gefühlsebene verlagert. Bereits 1932 charakterisierte der Schriftsteller Kurt Tucholsky die Beziehung der Bevölkerung zwischen Kopf- und Bauchebene. Seine Worte haben nichts an Aktualität eingebüßt und treffen beinahe einhundertprozentig auf den Wähler von heute zu: „Das Volk versteht das meiste falsch, aber es fühlt das meiste richtig.“ Unter dieser Prämisse hat sich Politik zum Spüreffekt entwickelt.

Kommen wir zu den Gründen der Wahlentscheidung: Welchen Faktoren bestimmen die Wahlentscheidung? Wonach richten die Wähler sich in dieser unüberschaubaren und unsicheren Lage? Nach welchen Kriterien wird letztlich gewählt? Worauf ist zu achten, wenn man Wähler nur vordergründig für sich einnehmen und nicht unbedingt die Zukunft gestalten möchte? Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die CDU?

In der Bevölkerung wird Kompetenz nicht mehr wahrgenommen bzw. nicht mehr unbedingt bewertet. Deshalb spielt *erstens* die Aktivitätshoheit eine entscheidende Rolle und bestimmt das Kompetenzimage. Wer zuerst ein Thema besetzt, wer in den Medien präsent ist, wer die Schlagzeilen bestimmt, wird als Kompetenzträger betrachtet. Diese Form von Staatskunst beherrscht der Gerhard Schröder wie kaum ein Zweiter.

Der Nachteil der Aktivitätshoheit liegt in kurzfristigem Aktionismus, der eine Politik der Nachhaltigkeit ersetzt. Das „Jetzt“ wird überbetont, die Auswirkungen auf das „Morgen“ sind von geringerem Interesse. Schnelle Lösungen sind gefragt. Schuld daran ist nicht nur die Politik *per se*. Die Medien tragen in schädlicher Weise zu dieser Entwicklung bei, weil sie einen ungeheuren Druck erzeugen, der eine sofortige Reaktion der Politiker fordert. Mittlerweile werden die Tagesthemen von den Medien bestimmt und nicht von der Politik. Daraus folgt, dass die Themen im Kern zunehmend unpolitisch werden.

Wir müssen diese geringe Nachhaltigkeit demaskieren. Ich denke, dass Nachhaltigkeit durch Budgetierung und *Controlling* erzeugt werden kann. Jeder Arbeitnehmer ist mit Zielplänen vertraut und weiß, wie wichtig

bestimmte Vorgaben und ihre Einhaltung sind. Die Politik könnte immens an Vertrauen gewinnen, wenn auch sie ihre Leistungen reportiert.

Vorwärts kommen wir nur durch eine Mentalitätsveränderung. Diese müsste folgendermaßen aussehen: Ich bekenne mich zu einer Aufgabe, gebe einen Überblick, lasse mich kontrollieren und an meinen Vorsätzen messen. Eine ähnlich transparente Haltung würde der Politik ausgesprochen gut zu Gesicht stehen, wobei der Wähler von Politikern längst nicht das erwartet, was man in der Wirtschaft von einem Vorstandsvorsitzenden erwartet. Dennoch ist es unabdingbar, zu sich und seinen Zielen zu stehen, seine eigene Politik durchlässig sowie nachvollziehbar zu gestalten.

Zweitens müssen die Parteien wieder unterschiedlicher werden. Einer meiner Ansicht nach gravierendsten Effekte, die wir seit einigen Jahren beobachten können, betrifft die Gleichheit der Parteien. Die Wähler erkennen keinen Unterschied mehr zwischen der Politik einer CDU/CSU- oder SPDgeführten Bundesregierung. Die politische Farbenlehre stimmt nicht mehr. 1983 äußerten noch 31 Prozent der Befragten, es bedeute keinen Unterschied, welche der beiden Volksparteien unser Land regiere. 2004 waren es bereits 70 Prozent!

Eine Politik, die in erster Linie auf die Diskreditierung des politischen Gegners abhebt, wirkt meistens negativ auf die Wähler, da diese rasch den Eindruck gewinnen, auch der Kritiker ist ebenfalls nicht in der Lage, effektive Lösungen anzubieten. Wir stehen vor dem grundlegenden Dilemma, dass politische Parteien keine Markenführung mehr betreiben. Zugespitzt formuliert: Die CDU ist keine Marke mehr.

Es ist anzunehmen, dass auf die Frage „Wofür steht die CDU?“ keine differenzierte Antwort zu erhalten wäre. Wenn man sich aber vor Augen führt, welche Mittel Unternehmen in Markenführung und Markenidentität investieren, begreift man, wie wichtig es auch in der Politik wäre, Markenanalyse zu betreiben und eine Marke aufzubauen. Marken bieten Wählern eine Orientierung, bestenfalls sogar eine Identifikationsmöglichkeit.

Also muss die CDU wieder zur Marke werden. Doch wie wird eine Marke analysiert? Zuerst einmal sollte das Selbstverständnis der CDU, ihre Werte, Grundlagen und Politik, für die sie einsteht, den Aussagen ihrer Politiker gegenübergestellt werden. Anschließend sollte der Eindruck, den man bei den Wählern hinterlassen hat, kontrolliert und abgeglichen werden. Eine weitere Analyse muss die Personifizierung von Marken untersuchen: Welche Personen eignen sich besonders als Träger der Marke und welche nicht?

Ist sich der Wähler nicht mehr sicher, wofür die CDU steht, wird seine Wahlentscheidung beliebig ausfallen, da ein Fixationspunkt fehlt. Die CDU steht vor der Aufgabe, ihre Kernkompetenzen und authentische sowie unionsspezifische Themen festzulegen. Hier sollte man keinesfalls den Fehler begehen, nichtauthentische Komplexe aufzugreifen. Diese könnten sich leicht als „Minenfelder“ erweisen, denn der Wähler entwickelt schnell ein Gespür für taktisches Vorgehen und straft die Partei ab.

Drittens, die Signifikanz von Personen nimmt zu. Auf nahezu allen Gebieten erkennen wir die zentrale Bedeutung von sogenannten *Anchormen* und *-women*. Politik wird nicht mehr an Argumenten und Inhalten gemessen, sondern hängt extrem von der Vertrauenswürdigkeit und Überzeugungs-

kraft des politischen Personals ab. Wer Wahlen gewinnen möchte und eine verstärkte Politisierung der Wählerschichten erreichen will, muss wichtige Politikfelder eindeutig personifizieren. Die Partei muss also *Anchormen*- und *women* aufbauen und die Authentizität von Themen sichern. Sie muss seriöse Themen nachvollziehbar und locker transportieren. Erst dann wirkt Politik auch souverän und ansprechend auf den Wähler.

Ein *vierter Punkt*, der bei Wahlen und auch bei der Rückführung zum politischen Denken zu berücksichtigen ist, könnte folgendermaßen beschrieben werden: Wo die Kompetenz versagt, gewinnt der „Kümmerer“. Wenn der Politiker nicht in der Lage ist, mit den Problemen fertig zu werden, dann sollte er sich zumindest kümmern und seine Bereitschaft auch zeigen. Diesen psychologischen Vorteil nutzt die PDS äußerst geschickt aus. Sie betreibt keine Politik im klassischen Sinn, sondern bietet sich den Bürgern als Ansprechpartnerin an und vermittelt eine einfache Botschaft: „Die Politiker der Volksparteien reden nur, die von der PDS handeln und helfen mir.“

Als ein prominentes Beispiel für einen typischen „Kümmerer“ in der Politik wäre Regine Hildebrandt zu nennen. Nach der Wiedervereinigung galt sie als beliebteste Politikerin in Ostdeutschland, noch vor Kurt Biedenkopf und Manfred Stolpe. Sie hat es verstanden, Volksnähe und Problempräsenz zu zeigen. Frau Hildebrandt füllte nicht nur das Bedürfnis der Wähler nach einer Persönlichkeit menschlich aus, die ihre Ängste ernst nimmt und sich um ihre Belange kümmert, sondern engagierte sich als eine Anwältin der Bürger. Dieses Kümmerbewusstsein ist für Wahlentscheidungen oft wichtiger als die vermeintliche Sachkompetenz. Der Politiker kann die Distanz zum Wähler nur abbauen, indem er sich den Sorgen der Bürger zuwendet und sich als Mittler zwischen Bürgern und Wirtschaft versteht.

Nehmen wir nun die ‚sozialen Gerechtigkeit‘ in den Blick. Die soziale Gerechtigkeitsfrage ist ein spezifisch deutsches Problem. Es ist allgemein bekannt, dass wir in der Bundesrepublik zwei Argumente kultivieren: Soziale Ungerechtigkeit und Ellenbogenpolitik. Unser Sozialstaat wird tatsächlich als absoluter sozialer Ungleichheitsstaat betrachtet. Selbst sieben Jahre Rot-Grün haben die Situation nur noch verschärft. In den USA, die hierzulande oftmals als *Hire and Fire-Country* hingestellt werden, herrscht interessanterweise ein stärkerer Zusammenhalt in der Bevölkerung und der soziale Ungerechtigkeitsfaktor ist wesentlich geringer ausgeprägt.

Die Unüberschaubarkeit von staatlichen Leistungen wird bei uns als Ungerechtigkeit empfunden und es setzt sich rasch der Eindruck einer Benachteiligung fest. Als Beispiel kann der Vorschlag, die Lebensarbeitszeit bis zum Alter von 67 Jahr auszudehnen, gelten: 80 Prozent der Deutschen akzeptieren die Notwendigkeit, einer Erwerbstätigkeit länger nachgehen zu müssen. Sie verfolgen die problematische demographische Entwicklung, bedingt durch den Geburtenrückgang und die zunehmende Überalterung der Gesellschaft. Die Bürger erkennen Handlungsbedarf und wären unter den gegebenen Umständen sogar bereit, bis zum 67. Lebensjahr zu arbeiten. Schauen sich die Menschen aber in ihrer Umgebung um, dann sehen sie beispielsweise einen 55-Jährigen frühpensionierten Lehrer oder einen 57-Jährigen ehemaligen Bankangestellten, der mit üppiger Zulage freigestellt wurde: In diesem Fall sagt sich natürlich jeder Normaldenkende: „Und dann soll ausgerechnet ich bis 67 arbeiten, das sehe ich nicht ein!“

Vor kurzem hat TNS Emnid in den 15 westlichen EU-Staaten eine Untersuchung durchgeführt und festgestellt, dass die Diskrepanz zwischen der Erkenntnis, Veränderungen sind notwendig, und der Handlungsbereit-

schaft, diese auch einzuleiten, in keinem Land weiter auseinander klafft als in Deutschland. Die Lösung liegt für meine Begriffe in der Propagierung einer „Mitmachgesellschaft“. Keine Leistung ohne Gegenleistung, vorausgesetzt, der Bürger ist in der Lage, diese Gegenleistung auch zu erbringen.

Gleichheit muss durch ein leicht psychologisches Ungleichheitsempfinden erzielt werden. Ich würde diese Konstruktion „das kleine bisschen Mehr“ nennen: Die Wohlhabenden müssten psychologisch gesehen insgesamt ein wenig mehr leisten, aber alle müssen an einer Vision teilhaben, an einem gemeinsamen Strang ziehen. Weil die Leistungen des Staates so ausufernd geworden sind, gibt es hier durchaus eine Möglichkeit, Akzeptanz zu erzielen, indem man die staatlichen Aufgaben auf ihre Kernaufgaben reduziert. Ein Punkt ist dabei jedoch außerordentlich wichtig: Sicherheit ist das oberste Ziel in einer derart unruhigen Gesamtsituation, wie wir sie gegenwärtig erleben. Solange hier kein verändertes Meinungsklima besteht, dominiert der Wunsch vor der Wirklichkeit. Auf die Frage, ob die Lockerung des Kündigungsschutzes sinnvoll sei, um weitere Arbeitsplätze zu schaffen, hielten 72 Prozent diese Maßnahme für angebracht. In dem Moment, wo die Wähler dies konkret unterschreiben sollten, stimmten nur noch 32 Prozent zu. Beim Thema Niedriglohngruppen und Karenztage im Krankheitsfall verhielt es sich ähnlich. Nirgendwo konstatieren wir einen ähnlichen 2,5:1-Mechanismus wie in Deutschland.

Auf einen Nenner gebracht, entscheidet am Wahltag das Bauchgefühl die Wahl. Das Bauchgefühl wird von vier Faktoren beeinflusst: *Erstens*, dem aus der Psychologie stammenden *Haloeffekt*. Dieser Effekt meint die Beeinflussung einer Beurteilung durch bestimmte Vorkenntnisse: Ein Gesamteindruck, der zu einem bestimmten Zeitpunkt gefasst wurde, bestimmt

alle Details. Nehmen wir ein Beispiel aus der Schule, das jeder kennt: Der gute Schüler wird auch bei schlechter Leistung noch gut bewertet; der schlechte Schüler erreicht trotz erdenklicher Mühe kein gutes Resultat.

Zweitens, *Agenda-Setting* trägt grundlegend zur Entscheidungsfindung bei. *Drittens*, das Globalimage schlägt das Detailimage. *Viertens*, die Stimmung im Bund wird immer wichtiger. Dies können wir am Beispiel der Landtagswahl vom 22. Mai 2005 in Nordrhein-Westfalen ablesen. Vergleicht man die Parteipräferenz im Bund mit der Parteipräferenz in Nordrhein-Westfalen, erkennt man im Verlauf des letzten Jahres fast parallele Kurven. Nordrhein-Westfalen folgt beinahe 1:1 der Bundesstimmung; landespolitische Themen spielten kaum eine Rolle.

Ein anderes Beispiel: Im zweiten Halbjahr 1999 ereignete sich zunächst politisch nichts relevantes. Es wurden keine erschreckenden neuen Arbeitslosenzahlen vorgelegt, es wurden keine umstrittenen Gesetze verabschiedet. Weder ein Krieg noch eine Flut hätten medienwirksam aufbereitet werden können.

Doch plötzlich wurde die Parteispendenaffäre der CDU aufgedeckt und dies führte dazu, dass sich innerhalb von drei Wochen der Kompetenzvorsprung der CDU von 9:1 Punkten bei den zehn wichtigsten politischen Aufgaben zu einem erdrutschartigen Verlust von 1:9 Punkten umgekehrt hat. Obwohl die CDU als *die* Partei mit Arbeitsmarktkompetenz galt, büßte sie diese umgehend ein. Zum ersten Mal hatte die CDU die Wirtschaftskompetenz verloren und sank von 48:22 auf 32:35 Punkte. Schlagartig wurde die CDU nicht mehr als Partei der inneren Sicherheit eingeschätzt.

Der Abstrafwunsch der Wähler, der Gesamtimage-Eindruck, besaß also einen erheblichen Einfluss auf den politischen Meinungsbildungsprozess.

Welches ‚Bauchgefühl‘ wird beim nächsten Bundestagswahlkampf eine Rolle spielen? Aus meiner Sicht wird ein Thema die Bundestagswahl entscheiden: Sicherheit im Wandel. Die Wähler sind hauptsächlich daran interessiert, welche Partei am ehesten in der Lage ist, Sicherheit im Wandel zu garantieren. Infolge der Globalisierungseffekte und der Standortprobleme Deutschlands wuchs die Unsicherheit in der Bevölkerung. Zwischen 1996 und 2004 ist der Anteil der Befragten, die ihre Zukunftsperspektiven sorgenvoll betrachteten, von 39 auf 85 Prozent gestiegen.

Vergleicht man den Zukunftsoptimismus in Industrienationen wie USA, China, Spanien, Japan, Großbritannien, Frankreich und Italien, findet man Deutschland auf dem letzten Rang. Für das Jahr 2005 blickten lediglich 25 Prozent der Deutschen optimistisch in die Zukunft. Spitzenreiter sind die USA mit 65 Prozent. Angst vor Arbeitslosigkeit empfinden mittlerweile über 40 Prozent der Beschäftigten in Deutschland: 36 Prozent der Angestellten im Westen und die Mehrheit der Angestellten im Osten. Angst führt zu Lethargie und zu einer Schneckenhausmentalität, aber nicht zu Selbständigkeit und Aktivität.

Die Menschen igeln sich ein und verhalten sich passiv. Hier müssen die politischen Parteien einhaken: Was wir aus Amerika unter dem Begriff *Jobless-Growth* kennen, hat sich auch in Deutschland etabliert. Es gibt keine jahrzehntelange Parallelität mehr zwischen der Wirtschafts- und der Arbeitsmarktentwicklung. Seit Anfang 2004 haben sich die Kurven unter dem Eindruck der relativ ungünstigen Wirtschaftslage auseinanderentwickelt.

Wer jetzt als Politiker mit Wirtschaftsdaten jongliert und argumentiert, ignoriert die Interessenlage der Wähler komplett. Die Thematik schlechthin ist der Arbeitsmarkt.

Hinzu kommt, dass es eine *zweifache Entwertung* zu bewältigen gilt: *Zum einen* konstatieren wir die Entwertung des Bürgers in der Gesellschaft. Es werden immer weitere Bevölkerungskreise ausgeschlossen. Grundsätzlich neu ist, dass nicht nur Wähler mit ungünstigen Bildungsvoraussetzungen und Geringqualifizierte Schwierigkeiten haben eine Stelle zu finden. Mittlerweile hegen auch „Rechtschaffende“ mit einer soliden Ausbildung Bedenken vor der Zukunft. Das politisch übergeordnete Ziel muss sein, den Bürgern das Selbstwertgefühl zurückzugeben. Die Menschen müssen mit folgender Botschaft in eine Vision integriert werden: „Du bist wichtig – mit Dir – durch Dich – auf Dich kommt es an!“ Gegenwärtig wird den Menschen genau das Gegenteil präsentiert: Man gibt ihnen das Gefühl, sie seien überflüssig und sozialer Ballast. *Zum anderen* erleben wir die Entwertung in den Unternehmen. Der SPD-Vorsitzende Franz Müntefering thematisierte jüngst etwas, das den Wähler im Innern berührte: die wachsende Rigidität, die wachsende Zukunftsunsicherheit und den wachsenden Druck. Die wirtschaftliche Situation wird selbstverständlich auch von großen Unternehmen für bestimmte Konzessionsbereitschaften als Hebel eingesetzt. Das spüren die Wähler.

Wir haben fünf Trends zu verzeichnen: *Erstens*, der Trend vom Lokalen, also vom Überschaubaren, hin zum Globalen. Der Anteil der Mitarbeiter, die von London, Paris oder New York aus fremdbestimmt werden, nimmt stetig zu. *Zweitens* gibt es einen Wandel von Sicherheit zu Beunruhigung. *Drittens* stellen wir einen Trend vom „Wir“ zum „Ich“ fest. *Viertens* wird

der Mensch zunehmend zum Marketingziel. Diese Instrumentalisierung führt *fünftens* weg vom Interessierten hin zum Frustrierten.

Mit seiner jüngsten Kapitalismuskritik hat Franz Müntefering den Nerv der Wähler getroffen. Meiner Ansicht nach beging er aber einen kapitalen Fehler, indem er einen Keil in die Gesellschaft getrieben hat. Die Wähler sind verunsichert und an Kooperation interessiert, nicht am Auseinanderdividieren von gesellschaftlichen Kräften. Eine Chance für die CDU liegt darin, die Idee aufzunehmen und für ein *Commitment* einzutreten zwischen Industrie und Arbeitnehmer, zwischen Unternehmen und Beschäftigten, zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden. Darauf warten die Menschen: Zusammen darüber nachzudenken, wie die Probleme gelöst werden könnten.

Wie weckt man Reformmentalität? Es gibt eine Wandelbereitschaft unter den Wählern, sofern diese zielorientiert ist. Die Bürger sind bereit, mehr zu leisten, aber nicht mit der Aussicht weniger zu verdienen, sondern mit der Aussicht auf mehr Sicherheit. In der Sozialgesetzgebung achtet der Wähler auf eine Garantie von Sicherheit vor der Höhe von Leistungen. Bei der Gesundheit möchte der Bürger im Notfall die Optimalversorgung gesichert wissen, wäre aber im Gegenzug mit dem Wegfall von Bagatellerstattungen einverstanden.

Bei der Rente spielt die Sicherheit vor der Leistungshöhe eine besondere Rolle. Wichtig wäre es, eine neue Gerechtigkeit zu implementieren, also die Bedeutung des Verhältnisses zwischen Einzahlung und Leistung zu berücksichtigen. Die Bundesbürger bringen kein Verständnis dafür auf, dass jemand, der 45 Jahre gearbeitet hat, häufig nicht mehr erhält als jemand,

der über Umwege kaum gearbeitet hat und anschließend eine relativ hohe Rente bezieht. Zu fragen ist auch, ob man nicht die Pensionäre, die mit 62 oder 63 Jahren nach sozialer Anerkennung und sozialem Miteinander streben, auf freiwilliger Basis im Sozialbereich beschäftigen könnte.

Eine Politik der Sicherheit durch Verantwortung und mehr Partizipation muss sich durchsetzen, denn die derzeitige Situation ist desolat: Es wird eine Politik der Spitzfindigkeit praktiziert, d.h. nur wer clever ist, setzt sich durch. Eine Politik der Gießkanne, eine Politik des Unwesentlichen, eine Politik der Kostentreiberei, die momentan insbesondere von den Grünen nach Wählermeinung praktiziert wird.

Die Wähler wünschen sich eine Reduktion der Politik auf die Kernaufgaben des Staates: die Gewährleistung von Sicherheit in den Bereichen Arbeitsmarkt, Not- und Unglücksfällen, in der inneren und äußeren Sicherheit, in Krankheit, im Alter und in der Bildung. Im Grunde wollen sie eine Politik der kontrollierten freien Entfaltung: Die Grenzen sind zwar abgesteckt, denn der Staat ist aufgefordert, Sicherheit zu gewährleisten, doch die Freiheit der Bürger kann sich innerhalb dieser Grenzen auch entsprechend entfalten. Parteien müssen derzeit eine „Schutzengelfunktion“ für die Wähler übernehmen. Ein Schutzengel wird selten beansprucht, aber wenn er gebraucht wird, dann sollte er auch da sein.

Erforderlich ist eine Politik der Transparenz und der Wahrheit. Bürgerbeteiligung ist ein weiterer wichtiger Punkt: Es gilt die Sorgen der Bürger zu bündeln, die Wähler zu fragen, was in der Politik verändert werden soll? Auf lokaler Ebene lässt sich dies durchaus erfolgreich umsetzen, weniger allerdings auf Bundesebene. Die Politikverantwortlichen sollten sich Zeit

nehmen, die Probleme ihrer Bürger genau kennen zu lernen und diese bei der Entscheidung mit zu berücksichtigen.

Für die Kommunikation mit den Wählern sind einfache Sprache und plausible Argumente zu verwenden, denn Politik wird von den Menschen heute nicht mehr verstanden. Sprache und Argumente müssen in der Regel aus einer Alltagserfahrung erwachsen, damit die Konzepte auch Glaubwürdigkeit entwickeln zu können. Eine Politik der Nachhaltigkeit sollte unter einer Vision, unter einem Konzept stehen. Nur auf diese Weise ist wieder ein höheres und positiveres Politik- und Parteienverständnis zu erlangen.

Was ist der Union zu raten: *Erstens* sollten Themen stärker personifiziert werden. Dazu müssen Persönlichkeiten ausgewählt und die Kommunikation der Schlüsselpersonen mit- und untereinander abgestimmt werden. *Zweitens* gibt es im Moment keine Marke CDU. Nachdem eine Markenanalyse durchgeführt wurde, gilt es wieder eine Marke aufzubauen, so dass ein einheitliches Bild bei den Wählern entsteht. *Drittens* sollte ein ernsthaftes Kümmerer- oder Schutzengelbewusstsein entwickelt werden. Umfragen zum Grad und zur Ursache der Unzufriedenheit der Bürger können nicht nur die Themen identifizieren, die den Wähler tatsächlich bewegen, sondern auch wie man die Wähler politisch aktivieren könnte. *Viertens*, die Partei muss sich wieder als intelligenter Vorantreiber, als Visionär präsentieren.

Zwei Themen, die von zentraler Bedeutung sind, müssen dabei immer wieder im Fokus gehalten werden: *Erstens*: Sicherheit und Visionen. Wie kann es gelingen, in einer veränderten, durch die Globalisierung beeinflussten Gesellschaft das Gefühl von Sicherheit zu vermitteln? Und wie könnte man

den Menschen trotz der schwierigen Situation eine Vision aufzeigen, ein Ziel vorgeben? Ihnen einen Lösungsansatz anbieten, wie Deutschland in zehn Jahren aussehen könnte, nachdem man die größten Globalisierungsprobleme gemeinsam bewältigt hat?

Der Wähler muss das Gefühl haben, dass sich die Gesellschaft in einer zu bewältigenden Übergangsphase befindet. Übergangsphase heißt, jeder muss ein Mehr an Leistung aufbringen, damit wir zu einem sicheren Status in nicht allzu ferner Zukunft zurückfinden.

Zweitens, brauchen wir Politiker in Deutschland, die gleichzeitig Führungsqualitäten und Stärke in ihrer Persönlichkeit vereinen. In einer schwierigen Zeit sind starke Politiker gefragt, die nicht nur Visionen vermitteln, sondern auch Durchsetzungsfähigkeit symbolisieren und Wähler ‚mitnehmen‘ können.

In der Frage, wie eine Dachmarke CDU aussehen könnte, vertrete ich die Meinung, dass der Begriff Wert- bzw. Sinnhaftigkeit des Handelns im Rahmen einer christlichen Partei einen extrem hohen Stellenwert einnimmt. Es kann zweifelhaft erscheinen, ob ein christliches Menschenbild im traditionellen Verständnis heute noch zu transportieren ist. Doch ein wertorientiertes Welt- und Menschenbild ist sicher herzustellen. Die Bürger leben heute in einer Gesellschaft, in der sie sich überflüssig und sinnlos vorkommen. Parteien sollten sinnstiftend wirken: Bei dem Versuch ein Problem zu lösen, sollte man den Wählern erklären, wie die politische Vision aussieht. Das Denken muss wieder vom Ziel, vom Ende her erfolgen.

Die Verbindlichkeit einer Marke kann die Potenz entwickeln, den Wählern eine Vision, eine Wertedimension, ein Ziel vor Augen zu führen. Wie kann eine Volkspartei, die 50 Prozent der Wählerstimmen auf sich konzentrieren möchte, das erreichen? Indem man eine Vision entwickelt, in der der Bürger im Mittelpunkt steht, in der wir eine Staatsgemeinschaft haben, die den Bürger braucht und ihn nicht bloß als Kosten- und Rentenfaktor sieht. Dabei sollte den Menschen zu verstehen geben werden, dass ein florierendes Staatsgebilde den Bürger wirklich benötigt.

Die CDU als wertengebundene Partei kann dem Einzelnen das Gefühl geben, er ist wichtig, auf ihn kommt es an. Wir befinden uns in Deutschland zwar in einer komplexen Situation, aber auch diese wird ein Land meistern, das den Zweiten Weltkrieg und 40 Jahre Trennung überstanden hat. Einem integrativen Politiker könnte es gelingen, als Träger dieser Vision die Wähler zu überzeugen. ■

Zur aktuellen Ortsbestimmung der Christlichen Demokratie

Karl-Rudolf Korte

Die Fragen, wie man in Zeiten ökonomischer Knappheit wählt, wie man die Mobilisierung nicht nur von Wählern, sondern auch die Mobilisierung von Identitäten betreiben kann und wie es gelingt, Mehrheiten für unpopuläre Entscheidungen zu organisieren, sollten bei einer Ortsbestimmung der Christlichen Demokratie von herausragendem Interesse sein. Denn dass zukünftig unpopuläre politische Entscheidungen getroffen werden müssen, steht außer Frage und ist unvermeidbar. Ich bin jedoch der Überzeugung, dass es tatsächlich möglich ist, Mehrheiten für unpopuläre Entscheidungen zu organisieren.

Der *erste Punkt* ist, dass wir es mit extrem wählerischen Wählern zu tun haben. Deshalb bezeichne ich sie gerne als „Schnäppchenjäger“. Wähler sind Schnäppchenjäger, die im Prinzip an den Angebotspaletten zu partizipieren versuchen, dies jedoch mit sehr kurzer Verweildauer. Schnäppchenjäger kann man für sich einnehmen, man muss sie aber mit immer neuen Reizen locken. Einer ähnlichen Kategorie gehört der „Orientierungsnomade“ an, der sich stets auf der Suche nach Orientierung befindet. Die Beliebigkeit, die Unstetigkeit, das extrem Situative, alles das, was eine „Aufregungsdemokratie“ charakterisiert, untermalt von einer Grundmelodie des Pessimismus, der Lethargie, der Leidenschaftslosigkeit, der Desillusionierung, zeichnet den Orientierungsnomaden aus. Schnell lässt sich erkennen, dass Wählen heute in den Kategorien der Schadensbegrenzung erfolgt: Eine Tendenz, die vor einigen Jahren noch nicht in dieser Form ausgeprägt war. Doch Schadensbegrenzung – also welches kleinere Übel wird letztlich zum Gegenstand meiner Wahlentscheidung – ist nur die eine Seite.

Der *zweite Punkt* wäre folgender: Neben dem wählerischen Wähler gibt es auch einen Triumph der Sesshaftigkeit, nämlich den Stammwähler. Es gibt sie noch, die Kernmilieus. Es gibt die bibelfesten Christen, die im Sauerland die Union wählen. Es gibt die gewerkschaftsengagierten Bergarbeiter im Ruhrgebiet. Zusammengefasst sind ein Viertel aller Wähler der Volksparteien Wähler, die wir mit Kernwählern oder mit Randwählern beschreiben. Ihre Zahl nimmt jedoch insgesamt ab. Der Rest bewegt sich auf dem „freien Markt.“ Wählermehrheiten werden als Allianzen auf Zeit gesucht.

Am Beispiel der Stammwähler lässt sich durchspielen, um welches Milieu es geht, wenn man versucht, nicht nur Identitäten zu mobilisieren, sondern auch herauszufinden, wie diese Identität eigentlich aussieht. Stammwähler sind basisverwurzelte Aktivisten. Sie kommen aus der Mitte der lokalen Gesellschaften und erweisen sich vor allem als extrem enttäuschungsresistent. Leider sind sie allmählich vom Aussterben bedroht. Doch wir können

uns an ihnen orientieren. Der entscheidende Punkt ist: Stammwähler spiegeln das Balancemanagement zwischen Modernisierung und Beharrung sehr anschaulich wider. Stammwähler sind Spezialisten für Bodenhaftung.

Wir suchen die Stammwähler, nicht nur um sie zu gewinnen, sondern um unter Umständen andere Wähler anzudocken. Modernisierung, hier auch im Sinne von Reformpolitik, kann man selbstverständlich brachial gestalten, aber sie gelingt immer dann, das zeigen zahlreiche Untersuchungen, wenn Modernisierungsbeschlüsse auch als Kulturleistungen gekennzeichnet werden: Kulturleistungen im Sinne einer angemessenen Interpretation der einzelnen Modernisierungsschritte im Rahmen der jeweiligen politischen Tradition.

Bayern, Baden-Württemberg, auch Rheinland-Pfalz, geben gleichermaßen Antworten auf die Ausbalancierung zwischen Modernisierung und Beharrung. Diese beiden Aspekte spielen bei den Stammwählern eine besonders große Rolle. Der Triumph der Sesshaftigkeit gewinnt an Bedeutung angesichts der Dimension des Altersdurchschnitts der Wähler. Bei der letzten Bundestagswahl im Jahr 2002 waren 50 Prozent aller Wähler älter als 50 Jahre und 30 Prozent älter als 60 Jahre. Da ältere Menschen eine höhere Wahlbeteiligung haben, wird sich dieses Segment perspektivisch noch erhöhen. Die spontane Begeisterung für Modernisierung hält sich hier natürlich in Grenzen, wenn sie lediglich als reine Modernisierung oder Reformthema präsentiert wird.

Dritter Punkt: Betrachtet man die Verfasstheit der Parteien, gibt es nicht nur Verfallssymptome, die auf die Größenordnung von Parteien ausgerichtet sind. Wir können eine Erosion der Volksparteien, der Demokratie insgesamt, beobachten. Diese Erosion vollzieht sich jedoch nicht dergestalt, dass sich die Parteien und das Parteiensystem stetig wandeln, sondern dass Parteien nur noch als Sprachregelungsinstitutionen existieren, dass sie keinen Resonanzkörper mehr in ausreichendem Maße für Stimmungen bieten, dass

sie dem Wähler basis- und bindungslos vorkommen und deshalb auch keine kalkulierbare Machtressource mehr sind, um mit ihnen Parteiführung auszuüben.

Diese Basis- und Bindungslosigkeit beinhaltet deshalb viel mehr als nur Mitgliederschwund und Überalterung der Parteien, sondern durch diese Verfasstheit werden sie extrem witterungsabhängig. Wählerische Wähler sind nicht nur das Ergebnis gesellschaftlicher Prozesse, sondern auch das Resultat von Parteimarketing. Parteistrategen möchten gerne situationsübergreifend und langfristig planen, agieren aber angesichts der Bindungslosigkeit permanent nach täglichen Orientierungen, schaffen damit eine Unstetigkeit, gegen die sie eigentlich angehen wollen. Somit sind sie im Prinzip ein Opfer des Bedeutungsgewinns, des Situativen, und das macht das Paradoxe aus. Die Volksparteien werden risikoanfällig, befinden sich im Windkanal ohne Basisbindung und dies führt zur Erosion der Volksparteiendemokratie.

Mein *vierter Punkt* ist folgender: Politische Führung ist eindeutig komplizierter geworden. Wie wichtig sie ist steht außer Zweifel. Politische Führung ist verflochtener, kommunikationsabhängiger, zeitaufwendiger und unkalkulierbarer geworden. Deshalb öffnet sich die Schere zwischen Darstellungspolitik und Entscheidungspolitik immer mehr. Man weicht in residenzielle Formen aus, beispielsweise in die Inszenierung, in *going-public*-Strategien zum Nachteil der Entscheidungspolitik.

Ein Regierungsstil, der Darstellungspolitik statt Entscheidungspolitik betont, produziert zwangsläufig Wählerenttäuschung, weil er extrem kandidatenzentriert vorgeht. Man präsentiert Alleskönner, die aber nicht alles können; programmatisch geht es diffus zu wie in einem Gemischtwarenladen. Außerdem wird zielgruppenpopulistisch vorgegangen: Heute wird dieser Flügel bedient, morgen jener, aber eigentlich nie alle.

Fünfter Punkt: Wir haben es nicht mehr nur mit Politikverdrossenheit zu tun, sondern mit einer handfesten Kritik an den Politikern. Es entsteht eine geradezu zynische Form von Politikverachtung, hinter der sich eine Krise oder Missachtung der Repräsentationseliten insgesamt verbirgt, nicht nur der Politiker, sondern auch der Gewerkschaftsführer und Kirchenvertreter. Die Bürger verachten ihre jeweiligen Repräsentanten, das ist das übergeordnete zentrale Thema.

In der Frage, wie sich Wähler im Hinblick auf Personen, Situationen, Themen oder in Bezug auf veränderte Sozialstrukturen orientieren, konzentrieren wir uns zu sehr auf den Bereich der Wahlforschung, bedenken aber kaum, dass sich Wahlverhalten auch als ein Ergebnis der Reaktion auf Elitenverhalten darstellt, und das in zunehmendem Maße. Elitenverhalten wird von den meisten Wählern als Politik ohne Inhalt angesehen. Politik ist also inhaltslos und nicht mehr kompetent. Schlimmere Vorwürfe kann man einer Demokratie eigentlich nicht machen.

Sechster Punkt: Die Bereiche Reformen oder Modernisierung enthalten zahlreiche Modernisierungsfallen, aber ich glaube, dass wir von der falschen Seite an dieses Problem herangehen. Die Betroffenheit der Bürger ist existentiell und tritt deutlich genug hervor. 41 Prozent aller wahlberechtigten Bürger erhalten ihr hauptamtliches Einkommen als Sozialtransfer vom Staat. Wenn man beachtet, dass nicht das Hauptamtliche, sondern die kleineren Beigaben der Regelfall sind, dann ist der Prozentsatz von 41 Prozent natürlich noch ein niedriger.

Praktisch jeder Bürger ist in irgendeiner Weise von Transferleistungen betroffen und somit ist es ein grundlegendes Problem. Die Parteien werden zur Zeit eher dafür bestraft, dass sie sich dieses Komplexes zu wenig als zuviel annehmen. Ich glaube, das ist die falsche Wahrnehmung. Die Union beispielsweise hat in den Jahren 2002, 2003 und 2004 die Wahlen vor allem dadurch gewonnen, dass sie die Partei der Arbeitslosen war, die Partei

der sozialen Unterschichten, der Jungproletarier, der Ungebildeten – diese Schichten haben die CDU gewählt.

De facto verhält es sich aber so, dass die Partei als Mitgliederpartei, also als Vereinigung, deren Mitglieder das Wesen ausmachen und die zentrale Ausstrahlungskraft besitzen, eine liberal-individuelle Verbürgerlichungsstrategie verfolgt hat. Sie ist nicht als sorgenvoller Akteur aufgetreten, sondern als diejenige, die für Eigenverantwortung eingetreten ist, für Entstaatlichung, auch für Freiheit als solche. Insofern kann man schon die Frage stellen, inwieweit die Union, und das gilt in gleichem Maße auch für die SPD, eigentlich noch als Anwalt der Menschen auftritt.

Offenbart sich angesichts dieser Problematik nicht ein gigantisches Repräsentationsdefizit in unseren Parteien? Welche Partei gilt denn noch als Schutzmacht der „kleinen Leute“, wenn die SPD über Hartz IV und andere Prozesse ein Ende der Sozialdemokratisierung eingeläutet hat? Erleben wir nicht gerade das Ende des Allparteienkonsenses, die Hinwendung zum Sozialstaat, die Orientierung an der Verteilungsgerechtigkeit als Verheißung einer demokratischen Gesellschaft?

Die Wähler fühlen sich nicht mehr von den Parteien angesprochen. Die SPD hat einen Paradigmenwechsel vollzogen. Werfen wir einmal einen Blick auf die Aktivisten, gilt dies für die Union ebenfalls. Also müssen wir umgekehrt fragen: Wie wird man eigentlich Schutzmacht, ohne sich gleichzeitig selbst zu „sozialdemokratisieren“? Es gibt eine wachsende Legitimation des Augenblicks, einen fast schon elektronischen Populismus, der sich ausgebreitet hat. Bei diesem Tempo entscheidet nicht die Substanz, sondern populistische „Volksbelauscher“ agieren mit ihrer Telepolitik nach den Auswertungen der Tagesdemoskopie. Wenn es um die Beantwortung der Frage geht, wie man Mehrheiten für unpopuläre Entscheidungen mobilisieren kann und wie sich Identitäten mobilisieren lassen, müssen wir diesen Trend in der gegenwärtigen Lage berücksichtigen.

Nach der Schilderung dieses Eingangsszenarios möchte ich versuchen, einige Antworten zu formulieren. Dafür wende ich mich zunächst strategisch-strukturellen und strategisch-inhaltlichen Überlegungen zu. Strategisch-strukturell gesehen, muss man beispielsweise bei der Wahlkampfführung auf die Konsequenzen vorbereitet sein.

Wenn es so ist, dass man diese Volatilität nicht nur messen, sondern beobachten kann und die Zeitrhythmen sich verändert haben, dann ist es um so wichtiger, die letzten zwei Wochen als die entscheidenden Wochen in einem Wahlkampf zu nutzen. Ich beobachte aber schon seit mehreren Jahren bei allen Parteien eine physische und psychische Erschöpfung sowie eine Ressourcenerschöpfung in den letzten entscheidenden Stunden. Dies kann kaum die logische Konsequenz sein.

Wenn unter strukturellen Gesichtspunkten betrachtet, Themenmanagement immer entscheidender wird, es also angeraten ist, verschiedene Themen aufzufächern, mit denen idealtypisch auch unterschiedliche Personen identifiziert werden, ist es nicht nachvollziehbar, sich der Rationalität eines einzigen Themas hinzugeben, beispielsweise nur der Ökonomie. Die gesamte Eindimensionalität bricht auf, sobald zehn Tage vor der Wahl ein anderes Thema aufkommt, zu dem man nichts mehr zu sagen hat oder nur noch künstlich auftreten kann. Am Beispiel der letzten Bundestagswahl wird dies sichtbar und ich sehe diese Fallen immer wieder.

Erste strukturelle Überlegung: Wenn sich jeder Wahlkampf zu einem Marathonlauf mit *Fotofinish* entwickelt, muss ich entsprechend trainieren, so dass ich am Schluß auch noch den Zieleinlauf bestehen kann. Ich sehe aber Unbeweglichkeit, zu viel Traditionelles, zu wenig Flexibilität. Gerade die letzten Tage zeigen sehr deutlich, dass es immer um eine Mischung aus drei verschiedenen Mehrheiten geht, wenn es keine klaren Mehrheiten mehr gibt. Perspektivisch rechne ich mit vielen Zufallsmehrheiten: Mehrheiten, die sich aus ökonomischer Effizienz zusammensetzen; Mehrheiten,

die sich aus sozialer Gerechtigkeit zusammensetzen; Mehrheiten, die sich aus kulturellen Modernisierungen zusammensetzen. Diese Schnittmenge aus sozialer Gerechtigkeit, kultureller Modernisierung und dem Versprechen einer ökonomischen Modernisierung besitzt auch beim *Fotofinish* immer Siegeschancen.

Zweite strukturelle Überlegung. Werden bereits in die Wortpolitik viel zu wenig finanzielle Mittel investiert, dann wird für die Erarbeitung von konzeptionellen und konzentrierten Begriffen überhaupt nichts ausgegeben. „Führung durch Sprache“ ist eine klassische Formel. Überspitzt könnte man sagen: Sprachverlust führt automatisch zu Machtverlust. Sprache ist eine Führungsressource erster Güte und spielt keineswegs nur unter Werbegesichtspunkten eine Rolle. In einer Zeit, in der wir es mit Orientierungsnomaden zu tun haben, geht es doch in erster Linie darum, übergeordnete Begründungszusammenhänge zu artikulieren. Missglückte Reformkommunikation können wir heute überall entdecken. Sie ist hauptsächlich dafür verantwortlich, ob ein grundlegender Aspekt von Modernisierungsanstrengungen gelingt oder nicht.

Optimistisch stimmt mich in unserer mediendemokratischen Verfasstheit, dass es zahlreiche Möglichkeiten der konstruktiven Wortpolitik gibt. Die Bürger „lechzen“ geradezu nach Akteuren, die sich artikulieren können und nicht nach übergeordneten Begründungszusammenhängen. Es geht also nicht nur um Themen- und Ereignismanagement, sondern um Deutungsmanagement, das unter strukturellen Gesichtspunkten als absolut zentral zu bewerten ist.

Dritte Überlegung in dieser Richtung: In allen Mileus finden wir eine messbare Sehnsucht nach starker demokratischer Führung. Erkennbare politische Führung wird belohnt. Bundespräsident Horst Köhler sagte neulich etwas sehr Schönes: „Die Schlüssel zum Vertrauen der Bürger sind Wahrhaftigkeit, Stetigkeit, Stimmigkeit, Berechenbarkeit der Politik.“

Die Bürger differenzieren die Leistungen der einzelnen Akteure sehr genau. Sie wissen, wer leistungsträge und wer weniger leistungsträge ist. An diesem Punkt kann man ansetzen: Führung muss durch starke Persönlichkeiten verkörpert werden. Selbst Führung für unpopuläre Akzente kann durch Einzelakteure funktionieren, die sich von anderen abheben.

Vierter Gedanke struktureller Art: Wo finden wir noch Räume des Nachdenkens, Räume der Reflexion? Wo sind die gesellschaftlichen Kräfte, die diesem Volatilitätsdrang und dieser Orientierungsproblematik entgegenstehen? In jedem größeren Waldstück steht hierzulande eine Akademie. Die hatten früher einmal etwas zu sagen! Aber wo befinden sich heute die Epizentren der Kreativität? Strategischer Politik fehlt es an Orten und Räumen. Eine Stiftung verfügt über die Möglichkeiten, diese Räume zur Verfügung zu stellen und zu nutzen. Wir benötigen jedoch weitere strukturell ausgerichtete Foren, wo bewusst Entschleunigung passiert, wo man gemeinsam eine *tour d'horizon* unternimmt, wo man überlegt, wie finanzielle Mittel sinnvoll zur Förderung von Strategien eingesetzt werden könnten. Setzen wir dem schnellebigen *Mainstream* eine neue Nachdenklichkeit entgegen!

Fünfte Überlegung: Unter strukturellen Gesichtspunkten beobachten wir eine wachsende Legitimationskonkurrenz unter völlig unterschiedlichen Akteuren. Wir haben es mit neuen, komplexeren politischen Akteuren zu tun, mit mehr Akteuren, die aber in der Wahrnehmung der Bürger den gleichen Stellenwert einnehmen. Interessanterweise spielt es keine Rolle, ob es sich um mediale, zivilgesellschaftliche oder repräsentative Akteure handelt. Sie alle werden gleichgewichtig. Unsere repräsentative Verfasstheit verschwindet langsam, still und leise.

Ein Staatsrechtler könnte dies als Untergangsszenario interpretieren. Doch dies liegt nicht in meiner Absicht. In der Wahrnehmung der Bürger werden neben die traditionellen Akteure andere gesetzt, die gleichgewichtig sind, die durchaus mit Aktivität verbunden sind, die auf Beteiligung und auf

neue Partizipationsstrukturen setzen. Aus diesem Grund sehe ich auch keine Krise öffentlicher Unterstützung. In Deutschland gibt es nach wie vor Partizipationsbereitschaft, jedoch nicht mehr in der herkömmlichen Form. Wir haben es heute mit der sogenannten „e-Bay-Generation“ zu tun, die hellwach ist, ihre Chance sucht und sehr kalkuliert mit diesen neuen Legitimationskonkurrenzen umzugehen weiß.

Es gibt Ansatzpunkte, um Identitäten zu mobilisieren und auch unpopuläre Maßnahmen zu übersetzen. Mehr denn je sehnen sich die Bürger nach einer polarisierenden Richtungsentscheidung, ohne zu wissen, wohin die Reise gehen soll, aber die Sehnsucht nach dem Ende der Schonzeit ist sehr ausgeprägt. Die Wähler verlangen am Wahltag nach einer eindeutigen inhaltlichen Alternative. Eine Rückkehr zu den Inhalten wird immer elementarer in der Politik, denn Inszenierungen werden vom Wähler abgestraft. Das ist ein positiver Aspekt.

Erste inhaltliche Überlegung: Wo liegen die Konfliktlinien der Zukunft? Aus meiner Sicht müssen sich die Parteien bemühen, ein bürgerliches Profil zurückzugewinnen. Wenn die Union eine Volkspartei sein und bleiben möchte, muss sie sich nach der Mitte orientieren und eine Partei des modernen Bürgertums sein, denn das ist sie längst nicht mehr: Das Wirtschaftsbürgertum dockte sich an die FDP an, das Bildungsbürgertum an die Grünen. Die Grünen avancierten schließlich zur Wohlfühlpartei des urbanen Akademikermilieus.

Wird vom bürgerlichen Lager gesprochen, empfinde ich das immer als merkwürdig. Wie müsste man denn dann das andere Lager nennen? Proletarisches Lager? Nichtbürgerliches Lager? Verhält es sich nicht vielmehr so, dass die rot-grüne Koalition heute das eigentliche bürgerliche Lager darstellt: modern, mitfühlend, sozial und verantwortlich? Ist das nicht die Außenwirkung von Rot-Grün? Und wäre nicht der Gegensatz zum bürgerlichen Lager das unbürgerliche, das populistische? Da eine populistische

Partei nicht mehr am Gemeinwohl orientiert ist, besteht in diesem Punkt der eigentliche Gegensatz. Wendet man sich den Konfliktlinien zu, dann steuert man meines Erachtens auf den Kern der Auseinandersetzung zu: Erfolgreich sind die Parteien, die als Formation die Kraft besitzen, einem gesellschaftlich bedeutenden Konflikt Ausdruck zu verleihen.

Parteien entstanden um politische Konfliktlinien herum. Drei zentrale Konfliktlinien sind nach wie vor auch perspektivisch von erheblicher Bedeutung. *Erstens* der verteilungspolitische Konflikt, den man traditionell immer mit Arbeit und Kapital umschreibt, moderner wäre wohl die Bezeichnung Wohlfahrtsstaat. Es geht um die Umverteilung und Egalisierung *versus* marktwirtschaftliche Orientierung. *Zweitens*, die Konfliktlinie, die sich damit überschneidet, ist die zwischen Zentrum und Peripherie. Früher nannte man dies Stadt-Land-Konflikt. Zugrunde liegt beiden Konflikten die Zuspitzung unserer Gesellschaftsentwicklung.

Der verteilungspolitische Konflikt schaukelt sich an der ökonomischen Knappheit weiter hoch. Die Frage ist jetzt, welche Andockmöglichkeiten die Union in diesem verteilungspolitischen Konflikt hat. Von ungleich größerer Bedeutung erweist sich der Zentrum-Peripherie-Konflikt, der kein Stadt-Land-Konflikt mehr ist, sondern die Desintegration der Gesellschaft meint, die Auseinanderentwicklung zwischen oben und unten, zwischen Ost- und Westdeutschen, zwischen Mehrheiten und muslimischen Minderheiten.

Wir stellen nicht nur fest, dass diese Spaltungstendenzen zunehmen, sondern es zeichnet sich mehr und mehr ein Konflikt zwischen den Menschen ab, die in Sozialsystemen integriert sind und denjenigen, die nicht mehr Bestandteil des Systems sind. Fragen wir weiter: Wenn eine bürgerliche Partei als solche agieren möchte, auf welcher Seite steht sie dann? Symbolisiert sie die Schutzmacht der Bürger in den Sozialsystemen oder die Schutzmacht der Außenstehenden? Wie stellt man sich auf die Konfliktli-

nien ein, die man zunächst nicht nur kennen sollte, sondern zu denen man auch noch eine entsprechende Position entwerfen muss? Aus meiner Sicht genügt es keinesfalls, sich nur auf die Ordnung der Freiheit zu beziehen.

Wäre es nicht essentiell, den menschlichen Aspekt zu betonen, zivilisatorische Standards im Umgang der Mehrheitsgesellschaft mit Minderheiten zu schaffen? Liegt auf diesem Schnittpunkt von Verteilungsproblematik und Zentrum-Peripherie-Konflikt nicht eine Zukunftsaufgabe? Insbesondere in der Begrifflichkeit der sozialen Sicherheit als Zukunftskonfliktfeld sollte die Union einen Standpunkt erarbeiten und damit gleichzeitig auch eine Präventivstrategie gegen die Desintegration der Gesellschaft anbieten.

Neben Arbeit-Kapital und Zentrum-Peripherie gibt es eine *dritte Konfliktlinie*, die traditionell-konfessionelle. Die Kluft tritt hier nicht mehr zwischen Säkularisierung und Religiösität zutage, sondern bezieht sich auf eine werbebezogene, kulturelle Konfliktdimension. Erreichen Sie das moderne Lebensgefühl der Bürger! Dies setzt sich zusammen aus einer Mischung moderner Autonomie, die aber nicht als Ordnung der Freiheit zu verstehen ist, kombiniert mit einem moralischen Ernst - der jedoch nicht nur rein christlich orientiert ist - bürgerlicher Solidität, gemeinwohlorientiertem Kaufmannsgeist und bildungsbürgerlichem Traditionsbewußtsein.

Die *zweite inhaltliche Überlegung* neben den Konfliktlinien betrifft die Führung durch Werte. Am Wahltag wird nicht über eine Leistungsbilanz abgerechnet, sondern die Wähler stimmen über Zukunftshoffnung ab. Das ist das Entscheidende. Und welches Bild von der Zukunft vermitteln wir, nicht nur im Sinne einer Marketingstrategie, sondern im Sinne einer Hoffnungsperspektive? Hier muss die Union für die Wähler attraktiv werden.

Das Wissen um die Kraft einer Orientierung hat elementar zugenommen. Ebenso messbar ist die Sehnsucht nach moralischer Orientierung. Hier spielt eine Form von gewachsener Spiritualität hinein. Es geht nicht um

Medienkatholizismus, der in der letzten Zeit Auftrieb erhalten hat, sondern um die Globalisierung der Gefühle, die kommt und geht. Interessanterweise kennzeichnet diese Religionsanfälligkeit nicht nur die Verlierer von Modernisierungsprozessen, sondern auch die Gewinner. Die Gewinner insofern, da sie merken, dass ihr Wohlstand objektiv wächst, nicht aber ihr subjektives Glücksempfinden. Hier kann Spiritualität natürlich ein Bedürfnis abdecken. Die Mobilisierung von Identitäten ist möglich, wenn man auf das veränderte Politikverständnis zu reagieren beginnt.

Lassen Sie mich abschließend meine Erkenntnisse zusammenfassen: Wir haben es mit einem veränderten kommunikativen, partizipativen, aber auch konsumorientierten Politikverständnis zu tun. Indem wir uns darauf einstellen, kann es durchaus gelingen, ohne modisch zu werden, Mehrheiten für unpopuläre Entscheidungen zu organisieren, da sich nämlich in Kenntnis dieser Aspekte die Bedingungen des Erfolges im politischen Wettbewerb geändert haben. Deshalb vertrete ich die Auffassung, dass man, vorausgesetzt, die veränderten Bedingungen sind bekannt, auch in einer Volksparteiendemokratie Mehrheiten für Unpopuläres mobilisieren kann. ■

Die Idee der solidarischen Leistungsgesellschaft:

Leitidee und Vision der Christlichen Demokratie?

Alois Glück

Erfolgreiche Politik besteht in der Verbindung von zwei Elementen: Auf der einen Seite steht das tageskonkrete Handeln und auf der anderen Seite eine grundsätzliche Orientierung. In der Realität haben wir es jedoch meistens mit einer Trennung der beiden Bereiche zu tun: Die Politik zieht primär handlungsorientierte Akteure an; Grundsatzfragen werden oftmals jedoch getrennt behandelt. Politisches Handeln und Grundsatzfragen werden zu wenig miteinander verbunden und wenn es geschieht, wird selten die goldene Mitte erreicht: Entweder besteht die Gefahr, in orientierungslosen Aktionismus abzugleiten oder, es werden wirkungslose Grundsatzdebatten geführt.

Sind die Parteien fähig, Neues zu entwickeln? Meiner Beobachtung zufolge sind Parteien aus sich selbst heraus wenig innovativ. Ihre Innovationskraft hängt in erster Linie davon ab, inwieweit sie in der Lage sind, Ideen und Konzepte aufzunehmen, die in ihrem nächsten Umfeld entstehen. Die soziale Marktwirtschaft ist keine genuin politische Erfindung, sondern wurde über Personen in die Politik transportiert. Ähnlich verhält es sich mit nahezu allen größeren Ideen und Bewegungen. Im Moment sehe ich für die C-Parteien das Problem, dass wir keine Umgebung vorfinden, aus der wir kreativ schöpfen könnten. Ich konstatiere ein Manko an konzeptioneller Innovation, sehe auch nicht, wo Quellen konzeptioneller Entwicklung verborgen liegen könnten, auf die wir zurückgreifen könnten. Wenn ich es richtig sehe, scheint eine gewisse Ideenarmut oder Unsicherheit in einer Zeit der Veränderungen nicht nur ein Merkmal der Parteien, sondern eine generelle Zeiterscheinung zu sein.

1970 wurde ich zum ersten Mal in den bayerischen Landtag gewählt. Dieses Jahr markierte eine Zeit des Aufbruchs, insbesondere den Durchbruch in der Umweltpolitik, erinnern wir uns beispielsweise an das neue europäische Naturschutzjahr. Als Konservativer bin ich in die Ökologie eingestiegen und plötzlich erwuchs aus der Umweltbewegung eine gesellschaftspolitische Bewegung. Aus einer Fachthematik entstand eine Diskussion über die Grenzen des Wachstums. Es stellten sich sogleich neue Fragen: Wie wirkt sich stetiges Wachstum auf die Lebensqualität aus? Wie wirkt es sich auf eine lebensfähige Zukunft und Welt aus? Im Kern entspannte sich eine Debatte um die Zukunftsperspektive und die grundsätzliche Frage „Wie können wir morgen leben, wie wollen wir morgen leben?“, mit allen gesellschaftskritischen Begleiterscheinungen. Auslöser waren die Umweltbelastungen, die „Grenzen des Wachstums“.

Auslöser der gegenwärtigen Diskussionen sind ökonomische und finanzielle Probleme. Die Reformdebatte konzentriert sich fast ausschließlich darauf

und wird auf wirtschaftliche Aspekte verkürzt. Es fehlt die tiefgründige, menschliche Seite der Auseinandersetzung. Eigentlich müssten wir auch jetzt eine Debatte unter der Fragestellung führen: Wie können wir und wie wollen wir morgen leben? Fakten und Logik offerieren hier natürlich einen ersten Ansatz sowie eine realistische Gesprächsgrundlage. Die Logik der Ökonomie ist selbstverständlich unabdingbar, aber wir dürfen uns darin nicht erschöpfen. Mit der Logik der Ökonomie kann man ein Haus bauen, ein stabiles Stahlhaus oder eine Betonburg, aber damit allein wäre es nicht getan: Es fehlt die Wohnlichkeit. Und so empfinden zahlreiche Bundesbürger gegenwärtig auch die Reformdebatte.

Sämtliche Fehlentwicklungen, die wir beklagen, haben ihren Ausgangspunkt in Wertvorstellungen wie etwa in der Selbstverwirklichung: Wie verstehen wir Selbstverwirklichung? Welche Einstellung haben wir beispielsweise zur Solidarität oder zu den Themen Staat, Leistung und Wettbewerb?

Reformprozesse und eine zukunftsorientierte Politik müssen mit einer Wertgrundlage, mit Wertvorstellungen und kulturellen Vorstellungen in Verbindung stehen, ansonsten verharren wir in der ökonomischen Nische und verstehen nicht, welche tieferen Ursachen uns überhaupt in die Fehlentwicklungen hineingeführt haben. Doch darüber wird keine Debatte geführt, vielleicht auch deshalb nicht, weil es in der Konsequenz bedeuten würde, dass wir uns in zahlreichen Bereichen umstellen müssten, die ohne Veränderungen und Wertvorstellungen nicht erreichbar sind.

Halte ich einen Vortrag vor Wohlfahrts- und Sozialverbänden, dann sage ich offen, und das wirkt auf die Teilnehmer zunächst vielleicht provozierend: Ich wünsche mir nicht, dass wir plötzlich das Geld hätten, um den Sozialstaat bisheriger Prägung weiterführen zu können. Finanziell und organisatorisch expandiert der Sozialstaat ständig, die soziale Kälte nimmt ebenfalls zu. Einmal angenommen, ich hätte eine Wundertüte und könnte

alle Finanzprobleme des Sozialstaates lösen, das Problem der sozialen Kälte könnte ich nicht lösen, sondern würde es nochmals verstärken, weil sich unsere Mentalität nicht verändert.

Lassen Sie mich diese Überlegung einmal auf die Wirtschaft übertragen: Funktionierende Firmen verfügen über eine definierte oder beschriebene Unternehmenskultur; ein Veränderungsprozess innerhalb einer Firma ist unbedingt damit verknüpft, darüber diskutieren wir im politischen Prozess ebenfalls nicht. Man könnte die Bundesrepublik mit einer Firma vergleichen, die ausreichend Substanz besitzt, sich aber in einer schweren Krise befindet. Der erste Schritt besteht in der Konsolidierung des Unternehmens: Es muss gespart werden. Die Arbeitsplätze in dieser Firma haben nur dann eine Zukunft, wenn das Unternehmen neue Leistungsfähigkeit gewinnt und das ist ein umfassender Prozess, der wiederum nicht nur mit wirtschaftlichen Kenntnissen zu tun hat. Aber wir orientieren uns ständig nur an den betriebswirtschaftlichen Fragen.

Eine Voraussetzung für erfolgreiches Handeln ist, dass man die Zeichen der Zeit richtig deutet und erkennt. Die gängige These lautet, dass wir kein Erkenntnisproblem haben, sondern nur ein Handlungsproblem. Zumindest für den Bereich der politischen Akteure zweifle ich an dieser Behauptung. Uns ist zu wenig bewusst, in welcher Dimension der Veränderung wir uns durch die Gleichzeitigkeit mehrerer Entwicklungen befinden. Seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland und den damals getroffenen Grundsatzentscheidungen gab es meiner Einschätzung nach keine vergleichbare Situation mehr, was Bedarf, Veränderung und Aufgabenstellung angeht. Mindestens drei tiefgreifende Veränderungen laufen heute gleichzeitig ab und bilden ein Gesamtpaket an Problemstellungen.

Die *erste* betrifft das Ende des Wohlfahrtsstaates. Tiefgreifende Korrekturen und Umstellungen sind notwendig. Bildlich gesprochen erwartet uns eine rigide Fastenkur mit der Chance, neue Vitalität zu gewinnen. Doch

zunächst ist die Durststrecke der Fastenkur zu überwinden, mit allem, was wir in diesem Zusammenhang diskutieren. Die *zweite Veränderung* betrifft die demographische Entwicklung. Die Auswirkungen der Überalterung und des Bevölkerungsrückganges werden zunehmend konkreter und sind kaum mehr zu leugnen. Die Folgen der demographischen Entwicklung müssen im Prinzip ständig berücksichtigt werden und stellen für sich genommen bereits eine enorme Bürde dar. Die *dritte Veränderung* betrifft die zunehmende Internationalisierung unseres Lebens, vor allem die Globalisierung im Bereich der Wirtschaft mit Konsequenzen und Chancen, aber auch Bedrohungen für das Sozialsystem.

Was wir in dieser Situation benötigen, sind geeignete Leitbilder, um Menschen zu motivieren ihr Engagement zu zeigen, weil sie den eigenen Einsatz als lohnend empfinden. Bevor ich diese Überlegung als das Leitbild der solidarischen Leistungsgesellschaft skizziere, möchte ich vorausschicken, dass für jede weiterführende politische Konzeption zwei Vorklärungen anzustellen sind.

Die *erste Grundfrage* betrifft das Menschenbild. Unser „christliches Menschenbild“ gilt zwar als allgemein akzeptiert, es ist den Bürgern aber nicht konkret bewusst. Tatsächlich hängt sehr viel vom Menschenbild ab, wenn es beispielsweise um die Konzeption von Sozialpolitik geht. Wenn wir die Reform des Sozialstaates nicht bloß reduzieren wollen auf die Finanzierungsproblematik, müssen wir folgende Fragen aufwerfen: Welche Gesellschaft sehen wir in der Zukunft? Wie wollen wir zusammenleben? Was stellen wir uns unter einer gerechten Sozial- oder Gesellschaftsordnung vor? Was können wir von den Bürgern verlangen, was müssen wir ihnen abverlangen? Und schließlich: Wie sehen wir uns in diesem Spannungsfeld von Individualismus und sozialer Verantwortung?

Wir kommen nicht umhin, unser Menschenbild zu überprüfen. Betrachtet man den Menschen nur als ein Produkt seiner Umwelt, so stellt sich die

Frage der Verantwortung anders, als wenn man ihn im Sinne eines christlichen Menschenbildes in seiner Eigenverantwortlichkeit und gleichzeitig in seiner sozialen Verantwortung begreift.

Ähnlich verhält es sich in der Bildungspolitik. Schulpolitik ist einseitig orientiert, wenn sie *prima facie* auf die Erfüllung von Leistungskatalogen abhebt und die Effizienz von Verbesserungsmaßnahmen lediglich daran ausrichtet, ob deutsche Schüler in der nächsten PISA-Studie besser abschneiden. Der Schulbesuch bedeutet weit mehr: Er sollte als Bildungsprozess, als Hilfe zur Entfaltung und Entwicklung der eigenen Persönlichkeit verstanden werden. Hier stellt sich erneut drängend die Frage nach dem Menschenbild, dem politischen Entscheidungen zugrunde gelegt werden sollten. Ein Menschenbild, dem christliche und europäische Werte zugrunde liegen, ist ein unverzichtbarer Kompass, um eine humane Zukunft zu gestalten, vor allem mit dem Blick auf die Fortschritte in Wissenschaft und Forschung.

Die *zweite Grundfrage* betrifft die Rolle des Staates. Was wir gegenwärtig anbieten, ist auch ordnungspolitisch nicht ausreichend. Wir sprechen vom schlanken Staat oder von Entstaatlichung, aber was ist das eigentlich für ein Staat, ein schlanker Staat? Schlank allein bedeutet noch lange nicht leistungsfähig. Es könnte auch Magersucht daraus werden! Einige Firmen haben ein derart exzessives *Outsourcing* betrieben, dass sie zwar schlank geworden sind, dabei aber ihre Kernkompetenzen verloren haben.

Mit großem Gewinn habe ich die Publikation des Kuratoriums der Konrad-Adenauer-Stiftung „Aufbruch in die Bürgergesellschaft: Weniger Staat – mehr Eigenverantwortung“ von 2003 gelesen. Auch in der CSU wurde sich dem Thema aktive Bürgergesellschaft intensiv zugewandt. Als ausgesprochen treffend habe ich eine Formulierung empfunden, die ich in diesem Zusammenhang einmal gehört habe: Bürgergesellschaft als eine neu ausbalancierte Verantwortungsgemeinschaft von Bürger und Staat.

Die meisten Menschen empfinden heute große Angst, weil sie glauben, der Staat zieht sich einfach zurück und lässt sie allein. Ordnungspolitisch ist es beiden Unionsparteien aus meiner Sicht nicht gelungen, Aufklärungsarbeit über die künftige Rolle des Staates zu leisten. Die alles beherrschende Frage kann nicht die sein, „Was können wir uns noch leisten?“, sondern die Frage muss lauten: „Welche ordnungspolitischen Überlegungen müssen wir in der modernen Gesellschaft anstellen?“

Nun zum Konzeptvorschlag „Solidarische Leistungsgesellschaft“. Was meine ich nun mit solidarischer Leistungsgesellschaft? Vier Elemente bilden die Grundlage der solidarischen Leistungsgesellschaft: 1. Leistung, 2. Solidarität, 3. Subsidiarität und 4. Heimat, Vaterland und Patriotismus.

Erstes Stichwort Leistung: Die Schlüsselfrage für die Zukunft ist, ob wir in der Lage sind, eine neue Leistungsfähigkeit in unserem Land zu entwickeln. Unser Lebensstandard, aber auch wesentliche Teile unserer Lebensqualität, unser Platz im internationalen Wettbewerb, die Zukunft der Arbeit in unserem Land, das Renommee unserer Bildung, Forschung und Entwicklung, die Möglichkeiten der finanziellen Solidarität im Sozialstaat, hängen von unserer Leistungsfähigkeit ab, und diese wiederum von unserer Fähigkeit zur Veränderung, zur Erneuerung und zur Innovation. Darauf müssen wir uns konzentrieren.

Dazu gehört *erstens*, die Rahmenbedingungen zu setzen, damit mehr Wettbewerb stattfinden kann, mehr Ideen und Initiativen möglich sind. Mein Politikverständnis geht immer stärker in die folgende Richtung: Zunächst müssen wir für die richtigen Rahmenbedingungen sorgen, damit sich Potential, das in Deutschland vorhanden ist, entfalten kann. Zahlreiche Firmen in unserem Land zeigen doch, dass – sofern die Rahmenbedingungen stimmen – es sehr wohl möglich ist, auch mit hohen Lohnkosten an der Leistungsspitze in der Welt vertreten zu sein. Es gibt genügend ermutigen-

de Beispiele. Doch noch immer besitzen wir eine verkrampte Einstellung zur Leistung.

Ich möchte Ihnen ein Beispiel nennen: Meiner Erfahrung nach denken viele Eltern, die humanste Schule ist die, in der weniger verlangt wird. Sie akzeptieren im Prinzip nur abwehrend und notgedrungen die Tatsache, dass ihre Kinder entsprechende Leistungen erbringen müssen. Man scheint anzunehmen, wir hätten eine menschlichere Welt, wenn weniger Leistung verlangt würde. Wenn es uns aber nicht gelingt, Leistung wieder positiv zu besetzen, nämlich dergestalt, dass Leistung zu verlangen oder Fordern und Fördern in der Schule, natürlich begabungsgerecht, selbstverständlich sind, landen wir in einer Sackgasse. Individuell, gesellschaftlich und unser Land. Es ist von elementarer Bedeutung, dass Menschen gefordert werden und ihre Fähigkeiten entfalten können.

Wenn wir es nicht schaffen, Leistung auch kulturell und wertorientiert einzuordnen, werden wir aus der gegenwärtigen Defensivposition nicht mehr herausfinden. Da wir Leistung nicht nur auf die messbaren Produkte am Ende eines Prozesses reduzieren können, brauchen wir eine Leistungskultur. In einer Schrift über die Eliteakademie der bayerischen Wirtschaft habe ich mit Freude jüngst folgende Aufforderung gefunden: „Wir wollen keine Leistungselite, sondern eine Verantwortungselite.“

Zahlreiche Abwehrmechanismen gegen Leistungsanforderung in der Gesellschaft könnten abgebaut werden, wenn wir Leistung nicht mit der Welt des Stärkeren und der spitzen Ellenbogen gleichsetzen würden, sondern in ein wertorientiertes, kulturelles Leistungsverständnis einbetten. In der Wohlfahrtsgesellschaft machen wir jetzt die Erfahrung, dass Verwöhnung und Unterforderung zur Lähmung der Kräfte führen, in Verdruss, in sozialem Fehlverhalten, in Wohlstandsverwahrlosung ausarten.

So gesehen wäre es überhaupt nicht wünschenswert, wenn wir den jetzigen Wohlfahrtsstaat weiterführen könnten wie bisher. Leider schweigen wir uns über die Kehrseiten dieser Entwicklung weitgehend aus. Leistungskultur zeigt sich insbesondere in der Bereitschaft, sich zu engagieren, in der ganzen Bandbreite Initiative zu entwickeln bis zum ehrenamtlichen Engagement. Wer bereit ist, Initiative zu entwickeln und Verantwortung in der Vielfalt des Lebens zu übernehmen, zählt zu den Vitalkräften in unserer Gesellschaft. Für den Revitalisierungsprozess unseres Landes geht es vorrangig darum, diese Vitalkräfte zu ermutigen, ihnen Raum und Unterstützung zu geben. Die gegenwärtig dringlichste Aufgabe in unserem Land, der Engpassfaktor für die weitere Entwicklung, ist aus meiner Sicht die Zukunft der Arbeit in Deutschland. Hier hat die Politik deutlichere Prioritäten zu setzen.

Wenn es uns nicht gelingt, den bisherigen Trend wachsender Arbeitslosigkeit umzukehren, werden wir die nächsten Sparbeschlüsse in den Haushalten nicht so schnell fassen können, wie die nächsten Haushaltslöcher wieder offen zutage treten. Ich würde gerne ein Stück Moratorium für zu viele Forderungen propagieren, wenn es darum geht, sich auf die Aufgabe „Zukunft der Arbeit in Deutschland“ zu konzentrieren und sich damit auseinander zusetzen. Wir dürfen die Faktoren Sparen und Kostenersparnis nicht einseitig betrachten, denn meiner Meinung nach wird diese Debatte zu stark auf die Kostenfrage reduziert. Letztlich geht es um die Frage der Innovationskraft und ihrer Unterstützung, um mittel- bis langfristige Perspektiven für die Bereiche Forschung und Entwicklung. Eine der größten Herausforderungen besteht allerdings darin, den Menschen eine Perspektive zu geben.

An dieser Stelle greife ich noch einmal das Beispiel von der sanierungsbedürftigen Firma auf. Wenn die Mitarbeiter den Eindruck gewinnen, die Lage ist schwierig, aber die Firmenleitung besitzt ein Konzept für die Zu-

kunft, dann akzeptieren die Menschen ein Mehr an Belastung, weil sie eine Perspektive aufgezeigt bekommen. Und das fehlt momentan in der Politik. Die Menschen suchen Politiker, die Mut machen und von denen sie glauben, diese präsentieren ein weiterführendes Konzept.

Das *zweite Stichwort* heißt: *Solidarität*. Entscheidend ist zunächst Solidarität im Sinne von Sozialkultur und einem zeitgemäßen Sozialstaatskonzept. Solidarität heißt Bereitschaft, Verantwortung füreinander zu übernehmen, für sich selbst und andere, auch für das Gemeinwesen. Solidarität liegt im Wesen des Menschen, in seiner Sozialnatur. Auch hier spielt die Darstellung der Solidarität eine essentielle Rolle: Die Übernahme von Verantwortung sollte nicht als Opfergang dargestellt werden, sondern als wichtiger Weg zur Sinnfindung für das eigene Leben, so wie es der Psychoanalytiker Viktor Frankl ausdrückt: „Sinn für sein Leben findet der Mensch nur in der Zuwendung zu Aufgaben oder in der Hinwendung zu anderen Menschen, aber nicht in der Fixierung auf sich selbst.“

Nehmen wir als Beispiel die ehrenamtliche Tätigkeit. Ich habe stets die Sorge, dass wir über das bürgerschaftliche Engagement und das Ehrenamt ähnlich klagend, mit Selbstmitleid sprechen wie viele selbstständige Handwerker gegenüber jungen Menschen auftreten. Wenn ich meinem potentiellen Nachwuchs ständig vorhalte, wie wahnsinnig schwer das alles als Handwerker heute ist, brauche ich mich nicht zu wundern, wenn der Betrieb nicht mehr von jungen Menschen übernommen wird.

Menschen mit ehrenamtlichem Engagement sind stets belastet durch die Übernahme von Verantwortung und die Konfrontation mit menschlichen Schicksalen. Aber sie haben durch ihren Einsatz Fähigkeiten entwickelt, die sie vorher nicht besaßen, wie beispielsweise vor Menschen zu sprechen und Abläufe zu organisieren. Das wird den meisten erst im Gespräch über ihre Tätigkeit bewusst. Nicht umsonst wurde im Projekt aktive Bürgergesellschaft die Formulierung geprägt: Wer sich engagiert, gewinnt.

Es stimmt nicht, dass Menschen, die sich in unserem Land engagieren, die Dummen sind. Im Gegenteil: Sie gewinnen eindeutig für ihr Leben. Um mit dem Klischee „wer sich einsetzt, hat nichts davon“ aufzuräumen, müssen wir aber Solidarität und bürgerschaftliches Engagement positiv in den Vordergrund rücken und die Dimension erschließen, dass es eine Bereicherung für das Leben bedeutet, sich sozial schwächeren Menschen zuzuwenden. Im Hinblick auf ihre Lebensqualität sind die puren Egoisten die ärmsten!

Beschreiten wir aber den Weg der Veränderung, haben wir es natürlich mit der Umkehrung eines überkommenen Leitbildes zu tun, das viele Bürger bislang eher bewundert haben: mit möglichst geringer Anstrengung überall möglichst viel herausholen. Diese Ausbeutermentalität hat uns erst in gravierende Schwierigkeiten gebracht. Mit erhobenem Zeigefinger zu moralisieren bringt uns jedoch keinen Schritt voran, sondern nur der Entwurf eines positiven Leitbildes im Sinne von „Perspektiven entwickeln“ und „Bereicherung für mein Leben“ kann Motivation bieten.

Auch das Sozialstaatskonzept muss überdacht und aktualisiert werden. Wir müssen den Begriff Sozialstaat weiter auslegen. Es genügt längst nicht mehr, den Sozialstaat mit sozialen Sicherungssystemen gleichzusetzen: Sozialstaat im Sinne einer Rahmenordnung, einer staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung, der Entfaltungsmöglichkeiten bietet für unterschiedlichste Begabungen.

Inspirierend wirkt auf mich das Papier der Kommission der Deutschen Bischofskonferenz, in dem es um das „Soziale neu denken“ geht. In der Umkehr kann man auch sagen: das „Neue sozial denken“. Doch das Wortspiel „soziales Neudenken“ soll das bisherige Sozialstaatsverständnis aufbrechen. Sozialstaat bedeutet nicht nur die Solidarität mit den Schwachen, auch der Starke benötigt Solidarität. Keiner lebt für sich allein.

An der Schlüsselfrage Gerechtigkeit kommen wir nicht vorbei: Was bedeutet Gerechtigkeit im Zusammenhang mit Sozialstaat? Wir waren vielleicht, nein, nicht nur vielleicht, wir waren mit Sicherheit zu stark fixiert auf Verteilungsgerechtigkeit, ein Höchstmaß an Gleichheit, dahinter verbirgt sich schließlich eine Wertvorstellung. Ein Höchstmaß an Gleichheit wurde gleichgesetzt mit einem Höchstmaß an Gerechtigkeit. Jeder Sozialstaat stellt immer auch ein Stück Verteilung, insoweit Verteilungsgerechtigkeit, dar.

Für unsere Zeit der vielen Veränderungen und neuen Entwicklungen ist die Chancengerechtigkeit respektive Teilhabergerechtigkeit besonders bedeutsam. Chancengerechtigkeit ist hauptsächlich im Bildungssystem verankert. Ich vertrete die Auffassung, die härteste Kritik der PISA-Studie besteht in der Anklage unseres Schulsystems. Dies richtet sich auch gegen das bayerische Schulsystem, obwohl wir in der PISA-Studie international auf Platz 8 oder 9 liegen. Im Vergleich zu den erfolgreichen PISA-Ländern ist in Deutschland die soziale Herkunft besonders ausschlaggebend für den Bildungsabschluss. Wenn die Rahmenbedingungen tatsächlich derart beschaffen sind, dass der Bildungsabschluss weitgehend von der sozialen Herkunft abhängt, ist dies nicht akzeptabel, denn Bildung ist die wichtigste Grundvoraussetzung der Chancengerechtigkeit. Die vielleicht schwierigste Form der Gerechtigkeit in einer modernen Gesellschaft demokratischer Prägung ist die Generationengerechtigkeit. Wenn wir in absehbarer Zeit keine Rebellion der Jungen riskieren wollen, müssen wir eine intensive Debatte führen, die weit über das bisherige Sozialstaatsverständnis von sozialen Sicherungssystemen hinausgeht.

Damit hängt im wesentlichen auch die Frage der Nachhaltigkeit zusammen. Versteht man Nachhaltigkeit umfassend, bildet sie eine gigantische ethische Herausforderung für eine Gesellschaft, ein Volk und seine Menschen. Woher nimmt eine Gesellschaft die Kraft, um der Kinder oder Enkel willen

auf aktuelle Möglichkeiten des Konsums zu verzichten, wie es Eltern oder Großeltern für ihre Kinder bzw. Enkeln tun? Immer mehr Menschen schöpfen heute keine Erfahrungen mehr aus einer engen familiären Bindung. Wie sollen sie die Kraft aufbringen, Verzicht zu leisten? Hier werden elementare Grundfragen aufgeworfen, die selbstverständlich auch einer ethischen Begründung bedürfen.

Die Frage der Nachhaltigkeit reicht bis in die Haushaltspolitik. Wenn wir Schulden auf türmen, dass die Balken „krachen“, um es drastisch auszudrücken, beschwert sich kein Mensch. Wenn wir aber sparen, demonstrieren die Menschen. Hier und heute entscheidet sich die ethische Qualität unseres Handelns.

Kommen wir zum *dritten Stichwort*, der *Subsidiarität*. Ich bin der Überzeugung, dass im Subsidiaritätsprinzip, vorausgesetzt, es wird konsequent angewandt, der Generalschlüssel zur Revitalisierung unseres Landes liegt. Es ist der Zugang zu mehr Innovationskraft und Transparenz. Im Wettbewerb der kleineren Einheiten oder im Zurückgeben von Räumen für die jeweilige Ebene im Sinne des Subsidiaritätsprinzips eröffnen sich Chancen für Innovationen, Ideen und Initiativen. Aus diesem Wettbewerb erwächst Dynamik. In der Hierarchie des Subsidiaritätsprinzips finden wir zunächst die Verantwortung des Einzelnen, die Verantwortung des freien gesellschaftlichen Engagements und dann erst die Verantwortung des Staates, wobei auch im staatlichen Gefüge zunächst der Vorrang der kleineren Einheit gilt. Ich verstehe Subsidiarität als ein Struktur- und Verantwortungsprinzip. Wenn es der Union gelingen würde, dieses als erkennbares Handlungsprinzip in allen Fachbereichen der Politik durchgängig zu gestalten, würde der einzelne Bürger das zwar vielleicht nicht bewusst wahrnehmen, aber er würde gleichwohl Eindruck gewinnen, dass die CDU ein in sich schlüssiges Konzept hat.

Gleichzeitig ist damit wieder eine Transparenz gegeben, die auch Türen öffnet zur Übernahme von Verantwortung und zur Überwindung der Anonymität der Systeme. In meinen Augen existiert kein Politikbereich, in dem Subsidiarität nicht entscheidend wäre, ob es nun die Schulreform, das soziale Sicherungssystem oder die Föderalismusreform angeht. Prinzipiell ist niemand gegen Subsidiarität eingestellt und trotzdem kommen wir nur langsam voran, aus meiner Sicht aus zwei Gründen: Verdeckt wie offen geht es bei Subsidiarität um Macht, die abgetreten werden muss. Nimmt man Subsidiarität ernst, steht diese dem Gleichheitsideal entgegen, weil automatisch Unterschiede entstehen. Die Aufgabe der Politik bestünde in der Definition der entsprechenden Rahmen. Die Politik muss dabei für zwei Aufgaben und Positionen gleichermaßen einstehen: Für den Wettbewerb und für die fairen Regeln dafür.

Wenn wir nun unablässig davon reden, dass die Unionsparteien mehr Wettbewerb fordern, aber nicht gleichzeitig sagen, wir sorgen im Gegenzug auch für faire Regeln, dann fühlen sich die Schwächeren sofort wieder bedroht. Es verhält sich wie im Sport: Ohne vernünftige Regeln findet kein vernünftiger Wettbewerb statt. Und hier liegt unsere ordnungspolitische Aufgabe: die Rahmenbedingungen zu setzen mit den Regeln des Wettbewerbs.

Kommen wir zum *vierten Element: Heimat, Vaterland, Patriotismus*. Es geht darum, in einer unübersichtlichen Welt ein Zuhause zu finden und zu erhalten. Mehr denn je empfinden die Menschen das Bedürfnis nach einer Rückzugsmöglichkeit. Gerade die vitale leistungsbereite und solidarische Gesellschaft braucht eine feste Verankerung in der eigenen Kultur, in ihrer Identität und in gemeinsamen Werten.

Vor einigen Monaten unterhielt ich mich mit dem *Consulting*-Experten und Unternehmer Roland Berger. Ich war mehr als überrascht, als Berger mir mitteilte, dass die wirklich reformfähigen Länder einen stark ausgeprägten

Patriotismus aufweisen. Auch ich halte eine Patriotismusdebatte für extrem geboten. Zunächst ist jedoch eine Unterscheidung zwischen Patriotismus und Nationalismus grundlegend. Patriotismus ist die Identifikation mit dem eigenen Land. Manche nennen es auch Liebe zum eigenen Land. Hinzufügen möchte ich neben diesem emotionalen und kulturellen Aspekt, dass wir in einem reflektierten Patriotismus stets das Engagement für das Gemeinwesen integrieren müssen. Der amerikanische Präsident John F. Kennedy hat dies mit folgender Äußerung treffend charakterisiert: „Fragt nicht, was der Staat für Euch tun kann, sondern was Ihr für den Staat tun könnt.“

Nationalismus lebt in erster Linie von der Überbetonung der eigenen Werte und von der Abwertung anderer Kulturen. Wir dürfen kulturelle Fragen, Themen der Identifikation und alles, was damit zusammenhängt, nicht den Rechten überlassen, die zum Nationalismus abdriften: Ein reflektierter Patriotismus ist eine gute Brandmauer gegen pervertierten Nationalismus. Meine Vorstellung ist, dass Patriotismus in Verbindung mit einer solidarischen Leistungsgesellschaft den Unionsparteien durchaus eine Grundorientierung bieten könnte.

Wir brauchen eine neue Entfaltung der Leistungsfähigkeit in unserem Land. Meine Überzeugung ist, dass wir alle Voraussetzungen besitzen, um auf Dauer in der Gruppe der leistungsfähigen Länder dieser Erde dabei zu sein. Die Frage ist, ob wir die Rahmenbedingungen und die richtigen Anreizsysteme für diese Entfaltung schaffen können. Wir müssen den Menschen vor Augen führen, dass sich der Veränderungsbedarf in unserem Land nicht an spezifisch deutschen Wünschen oder einem harmonischen innenpolitischen Konsens ausrichtet, sondern unser Maßstab muss die internationale Spitzengruppe der leistungsfähigen Länder sein.

Wem das zu anstrengend ist, den muss man fragen, ob wir uns denn allen Ernstes freiwillig von dem Anspruch verabschieden wollen, dass wir im Wohlstand leben möchten und vom Lebensstandard her betrachtet in der

Spitzengruppe partizipieren wollen. Das eine gibt es ohne das andere nicht. Aber ich glaube, wir sollten ebenso deutlich vermitteln: Wir haben alle Fähigkeiten und Voraussetzungen, um dabei zu sein. Wir sollten die Menschen ermutigen, den Weg mitzugehen und nicht jedes Wochenende einen Wettlauf zu veranstalten, wer wieder die weitreichendste Forderung einbringt, etwas abzuschaffen, weil er dann der Mutigste ist. Wir können Mut machen und wir machen Mut, dass wir diese anstrengende Wegstrecke gemeinsam bewältigen können. Doch dafür brauchen wir ein Leitbild, dem die Bürger folgen. Sie sind es, die es wieder als lohnend ansehen müssen, sich zu engagieren, und die in einer Welt von morgen und übermorgen leben wollen. ■

„Patriotisch und konservativ?“

Zum geistigen Profil der christlichen Demokratie

Jörg-Dieter Gauger

Politik schmückt sich gern mit Geist: Events mit Künstlern, Literaten, Professoren, das überhöht das Tagesgeschäft, verleiht der Politik eine kulturelle Aura, spricht die intellektuelle Szene an, ist preiswert, weil es keine Konsequenzen hat. Aber braucht eine Volkspartei auch ein geistiges Profil? Laut Duden ist ein Profil eine „stark ausgeprägte persönliche Eigenheit, Charakter.“ Eine Volkspartei wie die CDU muss aber möglichst weit integrieren, ist es da überhaupt sinnvoll, jenseits allgemein gehaltener, von daher durchweg konsensfähiger Formeln ein solches Profil zu definieren? Sicher: Seit ihrer Gründung hat sich die CDU immer als weltanschaulich fundierte Partei verstanden, dezidiert vom Christentum geprägt. Aber seit

Konrad Adenauers programmatischer Rede im März 1946 in der Kölner Universität hat die Gesellschaft sich tiefgreifend verändert. Ist es daher heute nicht eher ein strategischer Vorteil, diese „Eigenheit“ möglichst unprofiliert zu halten, also sich auf jene Formeln zu beschränken, die das übliche rhetorische Gerüst ausmachen, die Berufung auf „christliches Menschenbild“, die „Soziale Marktwirtschaft“, die „Weichenstellungen“ nach 1945, deutsche Einheit und Europa, womit sich Konrad Adenauer und Helmut Kohl als historische Größen mit Charisma und Kultcharakter verbinden lassen. Schon das einfache Bekenntnis zum „christlichen Menschenbild“ oder zum „christlichen Verständnis vom Menschen“, das den geistigen Urgrund der Union seit 1945 darstellt und all ihre programmatischen Äußerungen eröffnet, kann, wie jüngst Jürgen Rüttgers erfahren durfte, zu gefährlichen, weil bewussten Missdeutungen führen, wenn man nur irgendwie erkennen lässt, dass darin auch konkrete Konsequenzen für Politik und Lebensführung eingeschlossen sind. Fundamentalismusverdacht (vgl. George Bush) oder aggressiver Säkularismus (s. Buttiglione und das EP) oder die Unterstellung, man sabotiere den Dauer-„Dialog“ insbesondere mit dem Islam, für den Vertreter der Grünen sogar einen nationalen Feiertag erwogen haben, das sind so die üblichen, schon vorhersehbaren Reaktionen, die insbesondere durch bestimmte Medien verursacht oder verstärkt werden: Ein deutscher Papst, das darf eben – so Bundespräsident Horst Köhler - nur „ein wenig Stolz“ zulassen; viel lieber mäkeln wir gleich herum, statt uns zunächst einmal ganz gelassen zu freuen und es als Signal an die Welt zu werten, dass jedenfalls im Bewusstsein der weltumspannenden katholischen Kirche „deutsch“ und negativ nicht identisch zu sein scheinen. Und wenn schon Christentum, gar noch katholisches, dann doch eine möglichst weichgespülte, unkonturierte Variante, die die individuelle Lebensführung möglichst nicht tangiert. Dort, wo die CDU konkrete Folgerungen auch aus ihrem „Menschenbild“ ableitet, stößt sie auf Abwehr: beim Beitritt der Türkei etwa auf die bis dato herrschende Multikultiideologie: die EU „kein christlicher Klub“, Gottesbezug in der europäischen Verfassung

unnötig. Nur bei Embryonenschutz und Gentechnologie scheint derzeit noch ein von christlichen Restbeständen gefärbter parteiübergreifender Konsens zu bestehen.

All das könnte eher gegen zuviel „Charakter“ sprechen. Zumal man mit geistigem Profil keine Wahlen gewinnt. Für den Durchschnittsdeutschen stehen Arbeitsplätze und staatlich garantierte soziale Sicherheit an erster Stelle. Auch 40 Prozent der CDU-Wähler haben eine wohlfahrtsstaatliche Anspruchsmentalität. Freiheit, das ist immer noch die Freiheit individueller Lebensstile, die Freiheit wovon, nicht wozu, Eigenverantwortung wird mit Praxisgebühr und Zahnersatz assoziiert. Die Partei gewinnt, die all diese Ansprüche einzulösen scheint.

Aber diese Bilanz erfasst nur die Oberfläche. Ein geistiges Profil ist dann nachgefragt, wenn es sich zu Tiefenströmungen in der Gesellschaft in Beziehung setzen lässt, v.a. zu Eliten und bürgerlichem Mittelstand. Stimmungen und Signale, noch tastend, noch nicht deutlich konturiert, lassen wieder zunehmend erkennen, dass auch unsere Gesellschaft nicht „vom Brot allein lebt“, dass es daher weder ausreicht, nur auf sogenannte „harte“ Themen zu setzen, noch dass es genügt, Begriffe wie eine Monstranz vor sich herzutragen, ohne sie inhaltlich zu besetzen. Als der damalige Kanzler Helmut Schmidt und der damalige Oppositionsführer Helmut Kohl in den 70er Jahren über das Thema „Politik und geistige Führung“ stritten, war die Zeit dafür noch nicht reif, weil sie gar keine Notwendigkeit dafür sah, sich irgendwohin „führen“ zu lassen. Wem es gut geht, der will, dass es so bleibt. Heute geht es uns, und zwar nicht nur gefühlt, schlechter, und die Angst verstärkt sich, dass es uns in Zukunft noch schlechter gehen wird. Heute wollen die Bürger Orientierung, Orientierung aber leisten immer nur Persönlichkeit und Wertebezug der Akteure, wobei dieser Wertebezug sich in mittel- und langfristigen Ordnungsperspektiven niederschlagen und dort erkennbar sein muss. Was die SPD derzeit vorführt, ist eine „Wertedebat-

te“; eine realistische Ordnungsperspektive ist nicht zu erkennen. Aber schon die „Wertedebatte“ als solche wird wahrgenommen und zeigt Wirkungen. Sind wir darauf genügend vorbereitet? Wo ist die Antwort der Union auf die Usurpation der „Sozialen Marktwirtschaft“ durch die SPD, als deren wahrer Erbe sie sich derzeit aggressiv gebärdet? Die Diskussion zwischen Schröder, Stoiber und Merkel um den Freiheitsbegriff hat, wenn auch nur kurz, aufblitzen lassen, was Michael Stürmer 1985 einmal grundsätzlich so formuliert hat, dass „in geschichtslosem Land die Zukunft gewinnt, wer die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet“. Deutung von Vergangenheit: Geschichte, sie setzt seelische Schwingungen frei, schafft Stimmungen der Zugehörigkeit. Als wir im März in Köln 60 Jahre CDU feierten, hat Helmut Kohl sicher bewusst eine Rede gehalten, in der er mit persönlichem Bezug an Geschichte erinnerte, an die historische Leistung der CDU, und daraus Mut für die Zukunft ableitete. Der Saal „kochte“ vor Begeisterung. Und als Jürgen Rüttgers komplementär dazu und mit Berufung auf Konrad Adenauer die christlichen Grundlagen der Union einmal wieder entfaltete, statt sich nur einfach floskelhaft darauf zu berufen, da war im Saal das Bedürfnis handgreiflich, sich anrühren, bewegen, mitnehmen zu lassen, Identität zu feiern. Es geschieht sicher zu wenig in der Partei, um solche Grundstimmungen nachhaltig zu fördern. Denn das setzt Wissen voraus. Und man muss es können.

Daher sollten wir sehr genau auf entsprechende Signale aus der Gesellschaft hören, sie aufgreifen, sie verstärken, sie zu einem Element geistiger Führung machen.

Man spekuliert immer häufiger, verstärkt durch die Würdigung Johannes Pauls II., über eine „Renaissance der Werte“. Zwar dürften die Kirchen jetzt nicht wieder voller werden, aber wo viel Rauch ist, ist auch Feuer. Es ist sicher zutreffend, dass die Pluralisierung und Individualisierung der Gesellschaft eine Folge und Ausdruck von Freiheit ist. Aber Freiheit kann

auch deutlich überfordern, wenn sie bodenlos wird. Die 68er-Utopie einer libertären Freiheit – *anything goes* – ist an ihre Grenzen gestoßen, Neues trat nicht an ihre Stelle; in das Vakuum ist ökonomisches Denken, die Reduktion des Menschen auf seine Funktionalität, eingezogen und durchdringt alle Lebensbereiche. Was aber über Jahrzehnte Sinn stiften konnte (über Beruf, Aufstieg, Einkommen, Karriere), verliert seine Integrationskraft: Not lehrt bekanntlich beten. Und Erschütterung macht wach.

Religion, zu deren humanem Begrenzungspotential und daher gesellschaftlichem Wert sich neuerdings auch ein Jürgen Habermas bekennt, ist Welttrend, gegen die Konsumideologie, gegen die „progressive Auskühlung der menschlichen Sphäre“ (Herbert Kremp). 11. September, Islamismus, Zuwanderung, Parallelwelten sind Stichwörter für das alltägliche Aneinanderstoßen mit Fremdkultur vor der Haustür. An die Stelle von Wertrelativismus und die Verwechslung von Toleranz mit Gleichgültigkeit tritt die Notwendigkeit, die Spannung von Identität und Differenz nicht nur auszuhalten, sondern zu gestalten, um selbst überleben zu können. Die Auseinandersetzung um einen verbindlichen Werteunterricht in Berlin jenseits konfessioneller Erziehung ist daher nicht nur ein Lokalereignis, sie stellt die grundsätzliche Frage nach der Beliebigkeit und daher der Ebenbürtigkeit der Begründung von Wertvorstellungen: Kann uns alles gleich *gültig* sein? Oder ist alles gleichgültig?

Parallel dazu steigt zum zweiten das Bedürfnis nach „nationaler Identität“; damit liegen auch die Deutschen im europäischen kulturellen Renationalisierungstrend: heute sind 71 Prozent „stolz“ darauf, „Deutscher zu sein“, 85 Prozent meinen, als Deutscher könne man genauso auf sein Land stolz sein wie ein Amerikaner, Franzose oder Engländer: „deutsche Quote“ im Rundfunk, „deutscher Weg“ in der Außenpolitik, das „Deutsche“ in der deutschen Kunst, „Made in Germany“, Konrad Adenauer als „bester Deutscher“, „Luther“, „Das Wunder von Bern“, Filme über den Widerstand ge-

gen Hitler oder über den 17. Juni 1953 finden ein Millionenpublikum. Die schwarz-rot-goldenen Fahnenmeere werden wir bei der WM 2006 noch gesteigert erleben. Es steigt offenbar das Bedürfnis, sich in positiv empfundener Vergangenheit wiederzufinden, an historische und kulturelle Leistungen anzuknüpfen, Symbole zu zeigen und sich selbst in seiner Eigenheit zu begreifen. Die Konstruktion: Multikulturalismus und Entsorgen in einer „europäischen (postnationalen) Identität“, zeigt Risse.

Zum dritten werden jahrzehntelang dominierende Grundüberzeugungen und Deutungsmonopole durchbrochen. „Wohlstand“ ist nicht mehr urwüchsig, Familie ist nicht mehr „repressiv“ oder „Gedöns“, „Eliten“ sind wieder erwünscht, „multikulti“ hat sich als Illusion entlarvt, die jüngste deutsche Geschichte erscheint nicht mehr nur als eine Tätergeschichte, auf Holocaust und Auschwitz zu reduzieren, sie erscheint auch als Opfergeschichte: Bombenkrieg, Flucht und Vertreibung melden sich zurück. „68“ – hier als Kulmination für die deutsche Kulturrevolution der 60er Jahre zu verstehen – steht nicht mehr nur für Aufbruch, es wird auch Dekultivierung, Niedergang und Verlust konstatiert, das lässt sich besonders krass am Bildungswesen nachweisen, dessen damalige „Reformen“ heute ihre Spätfolgen zeigen. Aber auch bei der Verlagerung der Wertpräferenzen, dem Traditionsabbruch und deren gesellschaftlichen Folgen. Es verschiebt sich die moral- und geschichtspolitische 68er-Tektonik der Republik.

Es wäre sträflich, wenn die Union nicht versuchen würde, diese Verschiebungen aufzugreifen und mit geistiger Führung zu verbinden. Wer sich um „Werte“ bemüht, liegt im gesellschaftlichen Trend. Der hat die Chance, sich nicht nur über jeweils aktuelle Politik zu unterscheiden, sondern dadurch, dass eben diese Politik als Konsequenz einer eigenen, daher unterscheidbaren Wertorientierung wahrgenommen wird.

All diese skizzierten Signale verdichten sich zu dem, was man als aktuelle „Patriotismus-Debatte“ bezeichnet. An diesem Ausschnitt lässt sich das

Thema „Profil“ besonders gut nachzeichnen, sie erlaubt zugleich, eine Fülle von Themen zusammenzubinden, sie unter dieses Stichwort zu stellen und darüber hinaus eigene politische Handlungsoptionen zu erörtern.

Der Feuilletonchef der „Welt“ Eckhard Fuhr liefert in seinem kürzlich erschienenen Essay: „Die Berliner Republik als Vaterland“ mit dem Obertitel: „Wo wir uns finden“ die theoretische Begründung dafür, dass das Patriotismus-Projekt ein originär „linkes“ sei: „Sozialdemokratische Patrioten“ wie Gerhard Schröder werden „gebraucht“, ist sein Fazit. Christlichdemokratische offenbar nicht. Die dort üblich gewordene Verwendung als Kampfbegriff gegen „vaterlandslose“ Unternehmer – in guter 68er-Manier nach „gut“ und „böse“, nach „anständig“ und „unanständig“ sortiert –, wurde unterfüttert durch eine ebenfalls national orientierte, antieuropäisch akzentuierte aggressive Kapitalismus-/Kapitalistenkritik, die die „Linke“ revitalisiert: dass den „*deutschen*“ Arbeitnehmer (im Unterschied etwa zum polnischen, Oskar Lafontaine nennt das „Fremdarbeiter“!) zu bevorzugen eben „patriotische Pflicht“ sei. Das kommt an, 75 Prozent stimmen im Kern zu. Es macht nichts, dass Etatismus und Freiheit nicht zusammenpassen, es geht nicht um ökonomische Wahrheiten, es geht um Sammlung, Gemeinschaft, Instinkte jenseits der „harten“ Themen. Dabei bleibt es nicht bei Appellen und Fühligkeiten wie dem medial ausgeschlachteten Besuch des Bundeskanzlers am Grab seines gefallenen Vaters oder dessen Bild in Uniform und Stahlhelm auf dem Schreibtisch. Gestützt wird das einerseits durch eine gezielte Geschichtspolitik, personalpolitisch wie auch institutionell – das hat die CDU noch kaum begriffen, in der richtigen Erkenntnis, dass Patriotismus und Geschichte einen Kontext bilden: Der geschichtspolitische Paradigmenwechsel der letzten Jahre hatte das klare Ziel, Themen wie Flucht und Vertreibung (Günter Grass) oder Bombenkrieg (Jörg Friedrich) nicht den „Rechtsgestrickten“ (sicher gemeint: die Union) zu überlassen: Die Konzentration auf die Täterrolle wird nicht mehr als geeignet betrachtet, das Identitätsbedürfnis der Gesellschaft zu befriedigen: Es bedarf

auch der eigenen Opfergeschichte. Bezeichnend ist, dass Fuhr die Rückkehr zum neuen „Geschichtsgefühl“ mit Martin Walsers Paulskirchenrede 1998 einsetzen lässt. Dafür übergeht die „Linke“ vornehm ihren vorangehenden Beitrag zum Thema: Als ob „68“ nie stattgefunden hätte, als ob der tiefgreifende postnationale Paradigmenwechsel, der alles „Nationale“ bis hin zu sog. „Sekundärtugenden“ als a priori NS-belastet tabuisierte, nie vollzogen und v.a. aus den Bildungseinrichtungen flächendeckend eliminiert worden wäre. Wahrscheinlich wird man uns ein neues Geschichtsbild präsentieren: „68“ als „Reinigung“ vom faschistoiden, restaurativen „CDU-Staat“ und daher als notwendige Voraussetzung eines „gereinigten“, geschichtsfühligen „Patriotismus von „links“.

Gestützt wird das andererseits, indem nach dem 11. September ein kulturelles Gegenbild wiederbelebt wurde, das Instinkte weckt und das sich ohne Mühe auch auf die europäische Ebene heben lässt: das kulturelle und „unsoziale“ Gegenbild USA: „amerikanisch“ als Antiidentität zu „deutsch“ und „europäisch“.

Wie kann sich die Union vor diesem Hintergrund positionieren und was kann sie in eine politische Konzeption umsetzen? Denn dass wir es nicht den „Linksgestrickten“ überlassen dürfen, ist ebenso klar, wie es zu wenig ist, den „Rechtsgestrickten“ nur immer wieder mit moralischer Entrüstung entgegenzutreten und ansonsten alles beim Alten zu belassen.

Sie muss sich des Themas so annehmen, dass es nicht als oberflächlich instrumentalisiert oder als bloße Wahlkampfaktik erscheint. Die Bürger merken, wenn man ihnen ein Produkt verkaufen will, das nur den Sinn hat, mit einer Wärmflasche zunehmende soziale Kälte erträglich zu machen. Ernst nehmen, das hat strategische, rhetorische und erhebliche inhaltliche Konsequenzen. Es bedeutet zunächst, es als langfristiges Projekt zu begreifen und unablässig selbst voranzutreiben. Die Union greift ja eine Fülle von Themen auf, von der Sprachpolitik bis zur Erinnerungskultur, die hier hin-

gehören, aber das wird weder angemessen kommuniziert noch erscheint es jeweils als Element einer eigenen, langfristigen Konzeption. Es bedeutet zum zweiten, das Thema breit und systematisch zu verankern, in der ganzen „Unionsfamilie“, statt den Begriff hier und dort etwas verschämt fallen zu lassen oder auf Einzelkämpfertum zu setzen. Das bedeutet zum dritten, sich an der Theoriediskussion intensiv zu beteiligen; natürlich muss man Patriotismus in erster Linie leben, das gilt für jeden Wert und für jedes Leitbild: Erst in einer Person „verkörpert“ werden sie überzeugend: ein nur abstrakter Diskurs über Freiheit oder über Solidarität oder über Patriotismus überzeugt nicht. Aber wenn die Linksintellektuellen (s. Fuhr/ Frankfurter Hefte 3/2005) den Ball nur unter sich halten, dürfte der Eindruck unvermeidbar sein, dass sich das Spiel auch nur in ihrer Hälfte abspielt und dass die intellektuellen Pässe der Union zu kurz geschlagen sind. Die Reaktionen im Vorfeld und im Nachgang zum Düsseldorfer Parteitag 2004 zeigen deutlich, dass das Bekenntnis allein nicht ausreicht.

Das bedeutet schließlich viertens, sich der diversen Tiefendimensionen des Themas wirklich bewusst zu werden und zu einer Konzeption zu bündeln. Denn letztlich verbirgt sich die Frage dahinter, was unsere, die „deutsche“ notabene, Gesellschaft zusammenhält und zusammenhalten soll. Oder wie Bundesinnenminister Otto Schily es jüngst formulierte: „Ohne eine offensive Wertedebatte laufen wir Gefahr, dass sich lebensfeindliche, zukunftsverneinende und egoistische Tendenzen verstärken.“ Was können wir dagegen tun, dass unsere Gesellschaft weiter auseinanderdriftet, sich atomisiert, in Resignation, Pessimismus, Zukunftsangst, Extremismus verfällt? Wie begegnen wir der unseligen autoaggressiven Neigung, sich selbst permanent schlecht zu reden, sich permanent selbst zu demotivieren? Wie schaffen wir ein Gefühl der Zusammengehörigkeit und der Sympathie zu sich selbst: Opferbereitschaft, Anpacken, Optimismus, Selbstvertrauen, Selbstachtung, Selbstbewusstsein, Verantwortung? Und wie stimulieren wir bürgerliche Selbsthilfebereitschaft und ihre -fähigkeiten zugunsten ei-

ner Gesellschaft positiv empfundener, nicht als Zwang empfundener Eigenverantwortung? Damit erhält „Patriotismus“ eine zukunftsgerichtete Perspektive, die mit der Geschichte des Begriffs immer verbunden war: die Verbindung von Freiheit, Gemeinwohl und Verbesserungsimpuls.

Damit kommt das im Thema dieses Beitrags damit verbundene „Konservative“ ins Spiel. Markenzeichen der Union und ihre geistige Grundlage ist und bleibt das „christliche Menschenbild“. Mit ihm gelang, wie einmal formuliert wurde, „die Übersetzung religiöser Motive in eine Wirtschafts- und Staatsidee“ (Gerd Held), in die sich wiederum die drei Strömungen der Union: die (christlich-)soziale, die liberale und die konservative, letztere „wertkonservativ“ verstanden, einbetten lassen. Diese Leitbegriffe stehen daher nicht nebeneinander, sie sind dialektisch aufeinander bezogen, und sie erhalten nur durch diese Einbettung und ihre gegenseitige Beleuchtung ihren spezifischen Sinn, der zugleich ihre Grenzen markiert. So sehr es daher richtig ist, die CDU als „nicht konservativ, sondern christlich-demokratisch“ zu bezeichnen (Friedrich Merz), so falsch ist, hier Begriffe zu isolieren und gegeneinander auszuspielen, die sich erst in der Beziehung aufeinander sinnvoll erschließen. Die Frage nach dem Zusammenhalt unserer Gesellschaft lässt sich eben nicht mehr mit Verweis auf die Wohlstands- und Sozialstaatsidentität der vergangenen Jahrzehnte beantworten, in denen „sozial“ und Wohlfahrtsstaat identisch gesetzt wurden, übrigens keineswegs in Übereinstimmung mit der Konzeption der „Sozialen Marktwirtschaft“. Sie lässt sich auch nicht mehr „liberal“ beantworten, denn nur der „Markt“ wird es sicher nicht richten, zumal die damit verbundene neoliberale Rhetorik abschreckt. Also „konservativ“. Aber was heißt das? Wird hier empfohlen, die Union zu einer „konservativen“ Partei umzupolen, und damit nicht nur Friedrich Merz zu überholen, sondern dem politischen Gegner auch eine *carte blanche* gegen die Union in die Hand zu geben? Nein, gemeint ist, die kritische – *krisis* bedeutet bekanntlich „Unterscheidung“ – Reflexion darauf, was vor dem Hintergrund der skizzierten „Wurzeln“ der Union

zu „bewahren“ und zu „pflegen“ und damit zu einem Element ihrer „Marke“ zu machen sinnvoll ist. Dem Kurienkardinal Walter Kasper wird das Bonmot zugeschrieben: „Wer nach allen Seiten offen ist, kann nicht ganz dicht sein.“ Darum geht es.

Das bedeutet zum zweiten, „konservative Themen“ wirksam zu besetzen, und zwar immer bezogen auf unsere Fragestellung: Zusammenhalt unserer Gesellschaft, Patriotismus, geistige Führung.

Welche Themen das sind, lässt sich relativ leicht beantworten, auch wenn es politisch keineswegs leicht umzusetzen ist. „Konservativ“ hat immer mit Nation, Bildung und Kultur, dazu gehört die religiöse, zu tun. Patriotismus bezieht sich immer primär auf die eigene Nation, die mir etwas wert ist, der daher emotional positive Zuwendung gilt, ohne die anderen Nationen abzuwerten. Das setzt „nationale Identität“ voraus, das heißt: ein Bewusstsein von Eigenheit und Anderssein, von Abgrenzung ohne Ausgrenzung, wobei diese Eigenheit, ein „Deutscher“ zu sein, dazu beitragen soll, dieses Deutschland auch vom Gefühl her als sein „Vaterland“ zu empfinden. Identität konstituiert sich über verschiedene Elemente, die eben diese „nationale Eigenheit“ konkretisieren, über die Verfassungsordnung und das in ihr niedergelegte Menschen- und Wertverständnis, die Geschichte, die Sprache, die Kultur, die Religion, über Symbole. Damit umgehen zu können, ist wiederum eine Bildungs- und Kulturfrage. Da wir unser Menschen- und Wertverständnis im Grundsatz mit allen europäischen („westlichen“) Staaten teilen, wird schon jetzt deutlich, dass „nationale“ und das, was man „europäische“ Identität nennt, nicht im Widerstreit stehen, sondern Teilidentitäten bestehen, die bei den europäischen Architekturprinzipien als Schnittmengen erscheinen, so dass „Europa“ nicht nur als ökonomische und politische Einheit erscheint, auf die die Nationen zunehmend ihre politische Souveränität übertragen (dadurch überholt sich der klassische, nur auf den eigenen souveränen Staat bezogene Nationenbegriff aus dem 19. Jh.), sondern als Wer-

tegemeinschaft. Und da diese Wertegemeinschaft wiederum auf gemeinsamen „europäischen“ oder „westlichen“ oder „abendländischen“ kulturellen Grundlagen beruht, auch als Kulturgemeinschaft. Daraus folgt:

„Verfassungspatriotismus“ reicht nicht aus; für Dolf Sternberger, den Vater des Begriffs, verstehen sich vorangehende Identitätselemente von selbst, in die der Verfassungspatriotismus eingebettet wird. Er wusste, dass „Verfassungspatriotismus“ die Verankerung in Heimat, Sprache, Geschichte und Kultur voraussetzt, daher nur ein additives, darin gründendes, nicht ein ersetzendes Element sein kann. „Teilidentität“ meint dann schließlich, dass eben dieser Überschuss bleibt, der nicht vergemeinschaftet werden kann, sondern die Besonderheit, also die Identität der Nationen als Geschichts-, Sprach-, Kultur-, Religionsgemeinschaft ausmacht. Dieser kulturelle Nationbegriff wird auch in Europa weiterhin Bestand haben, die neu in die EU aufgenommenen mitteleuropäischen Staaten haben hier keine Probleme.

Was sind konkrete politische Konsequenzen? Aufgabe der Politik ist es, auch solche Elemente zu pflegen, zu verstärken, institutionell zu verankern, rhetorisch zu kommunizieren. Die Frage, wie wir diese Elemente „bewahren“, gibt Auskunft darüber, wie wir neu mit uns selbst umgehen wollen.

Ich greife vier zentrale Handlungsfelder heraus, die die Debatte mit konkretem Leben und politischen Zielvorstellungen füllen können:

1. Geschichtspolitik

Patriotismus setzt eine Identifikation mit der Geschichte voraus: Völker gründen sehr tief in ihrer eigenen Geschichte, das ist bei uns Deutschen nicht anders. Nur: die deutsche Geschichte ist eine gebrochene Geschichte, bis heute belastet nicht nur durch die Katastrophe der Jahre 1933 bis 1945, sondern auch durch die unterschiedliche Erinnerung in Ost und West. Und auf die beiden deutschen Diktaturen konzentriert sich auch die offizielle

Geschichtswahrnehmung und Erinnerungskultur. Es ist keine Frage, dass die Singularität des Holocaust eine unverrückbare Erinnerungskonstante darstellt und wir mit der Kollektivhaftung der Nachgeborenen für unsere Verantwortung angesichts dieser Geschichte zu leben haben. Es ist auch keine Frage, dass die Verbrechen des SED-Regimes nicht vergessen oder relativiert werden dürfen. Kann man aber nur *ex negativo* positive Identität entwickeln? Muss Geschichte nicht auch positive Gefühle auslösen, zustimmende Schwingungen, Affekte fördern, was sie dann leisten kann, wenn sich die Begegnung mit ihr über Traditionslinien, Leistungen, Ambiente vollzieht, die die Vergangenheit auch positiv veranschaulichen und zu der man sich auch emotional als zugehörig empfinden kann. Daher bedarf es komplementär der Pflege positiver Geschichtsbilder – gerade auch der Jahre nach 1945 –, der Pflege positiver Symbole und ihrer freiheitlich-republikanischen Tradition, und als Ausdruck der Kulturation der Vermittlung unseres großen kulturellen Erbes. Es ist die Besonderheit unserer deutschen Identität, dass sie aus dem Sowohl als Auch leben muss: „erlöst und vernichtet in einem“, wie Theodor Heuss es 1948 zum 8. Mai 1945 formulierte. Das heißt konkret: die Union muss deutlich kommunizieren, etwa durch ihre Bildungs- und Kulturpolitik, dass *auch* Trauergeschichte um eigene Opfer (Flucht, Vertreibung, Bombenkrieg) und „positive“ Geschichte vor und nach 1933 bis 1945 einschließlich der „Fernerinnerung“ und unter Einschluss ihrer Leistungen *ihr* Thema sind; Hans Maier hat kürzlich an die schöne Geschichte erinnert, dass der damalige Außenminister Bartoszewki den deutsch-polnischen Vertrag als das längste Dokument beider Völker seit Otto III. würdigte: die polnischen Eliten wissen und würdigen das, bei den Deutschen herrschte *tabula rasa*. Das gilt gleichermaßen für die Vermittlung des kulturellen Beitrags Deutschlands. Eine europäische Kulturgeschichte ist ohne die deutsche Kulturgeschichte nicht denkbar, wie umgekehrt die deutsche nicht denkbar ist ohne die europäische in Spannung, Ausgleich, Verwandlung. Goethe und Heine sind kein deutsches, sondern ein europäisches Ereignis. Welche Ahnung hat unsere

Jugend noch von den großen Leistungen der deutschen Musik?: Es gibt zweifellos kein Land in der Welt, das eine solche Fülle von Komponisten mit Weltgeltung hervorgebracht hat. Auf sein kulturelles Erbe kann man allerdings nur „stolz“ sein, wenn man darum weiß. Und wenn die Bildungs- und Kulturpolitik auf dieses kulturelle Erbe wirklich Wert legen würden, statt sich immer wieder im Jetzt zu verzetteln; das betrifft im übrigen gleichermaßen den Status der Geisteswissenschaften an den Universitäten.

2. Sprach- und Kulturpolitik

Die Präsidentin des Goethe-Instituts Jutta Limbach hat kürzlich das „unterkühlte Verhältnis“ der jüngeren Generation in Deutschland zur eigenen Muttersprache beklagt und besonders die um sich greifende Manie der Anglizismen als „anbiedernde Bereitschaft“ bezeichnet, um Internationalität zu demonstrieren. Und das ist nicht nur in der Jugend der Fall. Es geht daher um Sprachpolitik und ein positives Verhältnis zur „Mutter“-Sprache. Statt eine entsprechende, auch internationale Sprachpolitik zu betreiben (s. Frankreich), lassen wir die Auswärtige Kulturpolitik verkümmern, zerstreiten wir uns über der Rechtschreibreform, scheinen erst jetzt zu begreifen, dass Zuwanderer aus anderen Kulturkreisen Deutsch lernen müssen, haben im Vergleich zu anderen Ländern den geringsten Anteil muttersprachlichen Unterrichts an unseren Schulen und lieben es, noch die letzte Banalität auf Englisch auszudrücken. Die Missachtung der Sprache bedeutet zugleich die generelle Missachtung unserer Kultur, denn nur über Sprache vermittelt sich Kulturelles. Wir aber schaffen den kulturellen und allgemeinbildenden Auftrag von Schule immer mehr ab und sind schon glücklich, wenn wir PISA erfüllen, „Basisqualifikationen“ vermitteln können, Lesen, Schreiben, Rechnen und Computerbedienen, was offenbar auch schon nicht mehr so recht gelingt, was aber zweifellos nicht hinreichen wird, unser kulturelles Erbe zu tradieren. Und ich bewundere schließlich den Mut des Bundespräsidenten, als er mit dem Satz „Ein ganzer Tell, das

ist doch was“, das Regietheater in die Schranken forderte. Die negative Reaktion der Feuilletons war vorherzusehen, aber an dem Satz ist ja etwas Richtiges: Was sind eigentlich die Maßstäbe für Kunst, für Kultur hierzulande: Denn solcher wird es bedürfen, wenn mit Steuergeldern nicht mehr beliebig gefördert werden kann.

3. Werte, Religion, Leitkultur

Die Kultur- und Geistesgeschichte Deutschlands ist durch 1500 Jahre Christentum, Reformation, die Sprachbildung der Lutherbibel und durch eine große kirchenmusikalische Tradition geprägt. Heute erleben wir nicht nur steigenden religiösen Analphabetismus, über den auch die aktuellen „Events“ nicht hinwegtäuschen sollten. Das setzt allerdings voraus, dass nicht nur, aber v.a. der Religionsunterricht hierzulande auch entsprechende Inhalte vermittelt. Es ist sinnlos, mehr Unterricht zu fordern. Entscheidend ist doch, was dort eigentlich „überkommt“. Die alltägliche Erfahrung lehrt jedenfalls, dass je jünger die Generation, desto dünner das Eis, wenn es um die Zehn Gebote, Aufbau und Inhalt der Bibel oder gar die Geschichte der Christianisierung geht. Gleiches gilt für die politische Bildung: Wir haben in Deutschland offenbar auch völlig vergessen, dass die Prinzipien unserer freiheitlichen Demokratie, Menschenwürde und Freiheit, sich nur durch Rückgriff auf das christliche Menschenbild begründen lassen. Der heute ebenfalls langsam wieder zurückkehrende Begriff der „Leitkultur“ beschreibt daher nur die Selbstverständlichkeit, dass diese mehrheitliche, eben „dominierende“, durch das Grundgesetz und durch Recht und Gesetz festgelegte Werteordnung die Orientierungsmarke ist, an der sich Zuwanderer eben primär zu orientieren hätten, mehr jedenfalls als an mitgebrachten Sitten und Gebräuchen oder eigenen religiösen Einstellungen. Wir haben lt. PISA 2003 derzeit eine Risikogruppe von 21 Prozent der Jugendlichen, in der großen Mehrheit muslimische Zuwanderer. Darauf nicht zu reagieren wäre verantwortungslos auch gegen uns selbst. Der Relativismus

der Werte im Dauer-„Dialog“ hat sich überholt. Es geht um die Selbstbehauptung unserer eigenen Kultur durch entsprechende Maßnahmen: Sprachbeherrschung, staatsbürgerliche und auch historische Grundkenntnisse.

4. „Heimat“ und regionale Verbundenheit

Manfred Hättich hat einmal von der „Unentbehrlichkeit der Vaterländer“ gesprochen, und er machte damit auf die einfache, natürliche Gegebenheit aufmerksam, dass ein emotionales Verhältnis zu den Lebenskreisen, in die man hineingeboren wurde und in denen man aufgewachsen ist, was mithin „Heimat“ darstellt, eine ganz natürliche Gegebenheit ist und durch Liebe, Stolz, Respekt, Zuneigung, Sympathie, Wohlwollen gekennzeichnet werden kann. „Vaterland“, das ist der äußere Ring diverser Lebenskreise (Familie, Gemeinde, Arbeitswelt usw.), die er umschließt. Gerade in Zeiten zunehmender Dynamisierung und Globalisierung steigt das Bedürfnis nach „Heimat“. Dort begegnen die skizzierten Identitätselemente hautnah, kann die Verbundenheit mit einem Dorf, einer Stadt, einer Region, also „Heimat“, Sinn und Kraft geben, kann Freude spenden, kann zum Engagement ermuntern: Denn das aktive, dem einzelnen auch mögliche und ihn fordernde Leben von Verantwortung beginnt „zu Hause“, in der Familie, in der Nachbarschaft, im Betrieb, im Nahraum des eigenen Lebens, eben dort, wo („gestufte“) Verantwortung wirklich auszuüben und erfahrbar ist. „Im Hause, in der Familie muss beginnen, was leuchten soll im Vaterland“, auf diese schöne Formel hat das einmal Adolf Kolping gebracht. Natürlich geht im Laufe jedes individuellen Lebens vieles davon verloren, wird abgelegt, wird verdrängt oder schwächt sich ab. Aber auf der „inneren Landkarte“ zahlloser Menschen existiert „Heimat“ weiter, voll kindlicher Gefühle und Erinnerungen. In den Ländern gilt es daher, das vorhandene kommunale und regionale Bewusstsein zu stärken, durch „Geschichte vor Ort“, durch Traditions- und Kulturpflege. Es ist ein fatales Signal, dass Baden-

Württemberg im neuesten Bildungsplan den Begriff „Heimatkunde“ abgeschafft hat.

Von Ernst-Wolfgang Böckenförde stammt der bekannte Satz, der freiheitliche Staat lebe von Voraussetzungen, die er selbst nicht schaffen könne. Das mag für den Staat *cum grano salis* zutreffen, für eine Partei gilt das nicht. Sie ist vielmehr in der Pflicht, ihr Wertprofil zu verdeutlichen, um erkennbar zu sein. Es wäre eine zentrale Aufgabe für die Union, das auszuweiten, was hier nur für einem Ausschnitt aus ihrem Profilspektrum versucht wurde, für ein eher „konservatives“ Element, nämlich auf der Grundlage des „christlichen Menschenbildes“ zu klären, was eigentlich „sozial“ und „liberal“ heute bedeuten sollen. ■

Christliche Demokratie in Deutschland:

Wie überwindet die Politik das
Glaubwürdigkeitsdefizit bei den Bürgern?

Thomas Heilmann

Als Unternehmer und ehemaliger Journalist betrachte ich Politik aus der Sicht eines Außenstehenden. Glaubwürdigkeit in der Politik steht nach meiner festen Überzeugung nur in enger Verbindung mit Inhalten. Ein schlechtes Produkt, das in einer guten Verpackung steckt, ist nicht nur moralisch von Nachteil, sondern auch im Ergebnis nicht erfolgreich. *Good advertising makes a bad product fail faster* ist einer der Kernsätze unserer Zukunft. Das bedeutet im übertragenen Sinn: Glaubwürdigkeit ist nicht mit Tricks und Marketingmaßnahmen zu gewinnen.

In der amerikanischen Wahlkampfforschung, die übrigens viel intensiver betrieben wird als die deutsche, gilt folgende Erkenntnis: Wer ein reales Problem der Bürger artikulieren kann, erhält Aufmerksamkeit. Das ist genau das, was Franz Müntefering mit seiner Debatte über die gesellschaftliche Verantwortung von ausländischen Kapitalgesellschaften jüngst erzielte. Die Menschen empfinden ein reales Problem und er kann es benennen. Doch nur wer für dieses artikuliert Problem auch eine glaubwürdige Lösung bereithält (ob sie anschließend tatsächlich funktioniert) ist die zweite Frage, wird auch gewählt. Doch hier scheiterte Franz Müntefering mit seiner sogenannten „Heuschrecken-Debatte“. Er konnte nicht einmal einen ungefähren Lösungsraum benennen.

Rein theoretisch stellt die Wiedergewinnung von Glaubwürdigkeit ein leichtes Unterfangen dar. Formulieren muss man also folgende Fragen: *Erstens*, wie heißt das zentrale Problem, das die Bevölkerung beschäftigt? *Zweitens*, wie kann man es artikulieren? *Drittens*, was benötigt man für eine wirkliche Lösung, nicht für eine Scheinlösung? Und vor allem, glaubt man selbst an die Lösung? Politiker verwenden gerne Scheinlösungen, insbesondere im Sprachgebrauch. Da werden Themen gedreht und gewendet, unzählige Sujets aufgeworfen und die Bürger denken, das Problem ist gelöst. In Wirklichkeit ist es aber nicht gelöst. Und man selbst glaubt im Endeffekt auch nicht an die formulierte, aber nicht gelieferte Lösung.

Wenn man aber selbst nicht daran glaubt, kann man auch keine Glaubwürdigkeit herstellen. Wie soll der Wähler denn daran glauben? Die Frage muss also lauten: Wie kann die Union für eine kommende Wahl eine Lösung kommunizieren und präsentieren?

Das erste Kardinalproblem in den Augen der Bevölkerung ist die Arbeitslosigkeit. Das ist der Trend seit vierzig Jahren. Dieser Trend ist ungebrochen. Jedes Unternehmen, das einen solchen Trend vorzuweisen hat, sagt: Wir haben bisher kein Rezept dagegen gefunden. Wenn man sich andere

Entwicklungen der letzten vierzig Jahre ansieht, fallen diese ebenso ungünstig aus: Nehmen wir beispielsweise den steigenden Trend der expliziten Staatsverschuldung – die implizite Staatsverschuldung sieht noch schlimmer aus. Nur eine minimale Delle, die den 100 Milliarden Euro für die UMTS-Erlöse entspricht, dämpfte diesen Trend.

In den vergangenen vierzig Jahren hat die Union 21 Jahre lang regiert, die SPD 19 Jahre. Die Bevölkerung nimmt die Politik folgendermaßen wahr: Keine Partei hat gegen die Abwärtstrends tatsächlich etwas Nachhaltiges bewirkt. Dass in diesen vierzig Jahren auch kluge Köpfe am Ruder waren, ist unbestritten. *Realiter* wurde jedoch gerade keine Trendumkehr erreicht. Diese Realität muss man zur Kenntnis nehmen, bevor man glaubt, Glaubwürdigkeit zu besitzen.

Beim Thema Wachstum sah es vom Trend her in den letzten vierzig Jahren kaum rosiger aus. Betrachtet man die Konjunkturzyklen, sieht man zu Anfang der 90er Jahre einen Sondereffekt, bedingt durch die deutsche Einheit. Statistisch müsste man den Effekt sofort herausnehmen, weil die deutsche Einheit schließlich als ein singuläres Ereignis zu werten ist. Auch die Geburtenrate zeigt nach unten.

Nun zum Problem: Bei einem Unternehmen überprüfen wir unsere Personalausstattung und fragen uns: Wie nimmt der Markt unsere Produkte an, wie wachsen wir, wie sieht unsere Bilanz aus? Das Kernprodukt, das die Bevölkerung von der Politik verlangt bzw. die Kerndienstleistung des Staates, ist, die Arbeitslosigkeit zu verwalten und den entsprechenden Rahmen zu setzen. Wie will man jetzt Glaubwürdigkeit dafür erringen, dass man den Trend der letzten vierzig Jahre umkehren kann? Welche Thesen hat die Union aufgestellt, dass sie glaubt, zukünftig diesen Trend umkehren zu können? Das ist die entscheidende Frage, die sich die Bevölkerung stellt. Kein Mensch kennt die Zahlen, aber jeder fühlt es. Und die Bürger haben recht und werden deshalb auch von den Medien unterstützt.

Das Statistische Bundesamt hat errechnet, dass im Jahr 2050 77,8 Prozent der Bevölkerung über 60 Jahre alt sein wird. Kann man sich eine solche Gesellschaft vorstellen? Bereits in 20 Jahren haben wir 12 Millionen Hochbetagte, also Menschen, die älter als 80 Jahre alt und mehr oder minder pflegebedürftig sind. Die Bürger haben durchaus verstanden, dass dieses Zusammenspiel ein gravierendes Problem darstellt. Jetzt möchte die Union den Menschen erzählen: wir lösen Euer Problem? Worin liegt denn der Ansatz für eine Lösung? Jedenfalls nicht in der Programmatik irgendeiner Partei. Die anderen Parteien schneiden in dieser Frage mindestens so schlecht ab wie die Union. Das ist ein Faktum.

85 Prozent der Wähler fühlen sich beunruhigt und über 50 Prozent halten die Parteien für inkompetent. „Das Volk versteht das meiste falsch, aber es fühlt das meiste richtig.“ (Kurt Tucholsky) Das scheint mir sehr wahr. Glaubwürdigkeit beginnt mit Ehrlichkeit. Deshalb gilt: Wenn man glaubwürdig sein will, muss man konsequenterweise mit der Wahrheit beginnen. Ehrlichkeit in dieser Frage geht nach dem Gesagten also viel weiter, als Rot-Grün zu Recht eine schlechte Bilanz vorzuwerfen. Seit 40 Jahren nämlich entwickeln wir uns wirtschaftspolitisch in die falsche Richtung. Sparen wird dabei heute als weniger neue Verschuldung verstanden. Politik hat diesen Trend in den letzten Jahrzehnten nicht umgekehrt. Und nun kommt die demographische Komponente hinzu.

Ich möchte einen zweiten Punkt aufgreifen, die soziale Frage: Eine neue soziale Schieflage ergibt sich aus mangelnder Systemeffizienz und Systemgerechtigkeit. Haben wir deshalb eine Schieflage, weil die wirtschaftlichen und finanziellen Probleme so gravierend sind? Festhalten lässt sich *erstens*, dass die Systemeffizienz leidet. Beste Absichten gibt es eigentlich auf allen Seiten, aber das Ergebnis ist einfach verheerend. Wir verzeichnen nicht nur eine hohe Arbeitslosigkeit, sondern erleben auch die Entmündigung der Bürger in zahlreichen Bereichen und eine zunehmende Bürokrati-

sierung. In unserem Land gibt es Kinderarmut – Kinder werden vernachlässigt. Wir haben Integrationsprobleme und die niedrigste Bildungsquote von sozial Schwachen zu verzeichnen. Wir kämpfen mit sozialen Missständen, mit erhöhtem Fernsehkonsum, Vereinsamung, einem unzulänglichen Bild von alten Menschen in unserer Gesellschaft, zunehmender Gewalt, der Problematik der Vereinbarkeit von Kind und Beruf. Das ist die Bilanz, die aber tabuisiert wird! Die Bevölkerung weiß das und die Menschen erwarten, dass jemand diese Missstände einmal offen artikuliert.

Und wie verhält es sich mit der Systemgerechtigkeit? Eine wachsende Zahl „unverdienter Verlierer“ etabliert sich, die Kluft zwischen arm und reich wächst, die Steuerquote der Unternehmen sinkt. Wie hoch die Gewinne bei Körperschaften sind und wieviel Steuern sie letztlich abführen, lässt sich leicht beim Statistischen Bundesamt erfragen. Und diese Quote sinkt dramatisch. Die legale Steuerflucht wird zusehends erleichtert. Zahlreiche Unternehmen sitzen im Ausland, eine gerechte Besteuerung wird zunehmend schwieriger, weil der Ort der Gewinnerzielung schwieriger zu definieren ist.

Fast wöchentlich erhalte ich Briefe von allen möglichen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften und Steuerberatern, die uns ungefragt raten möchten, wie man unser Unternehmen optimieren kann, um weiter Steuern zu sparen. Mittlerweile hat sich eine standardisierte Industrie implementiert. Es handelt sich um ein vollkommen widersinniges, unproduktives System. Die legale Steuerflucht nimmt zu und einige Manager distanzieren sich vom sozialen Konsens in Deutschland. Das ist sozusagen der Kern der Kritik an den Äußerungen des Vorstandschefs der Deutschen Bank, Josef Ackermann, zum Stellenabbau in seinem Hause.

Es gibt eine historisch gewachsene Ungerechtigkeit. Lassen Sie mich ein alltägliches Beispiel anführen: Für zwei Kinder sind bei gehobenen Einkommen in Berlin 550 Euro Kita-Gebühren im Monat zu entrichten. Rech-

net man das auf ein Semester um, würde dies einer Studiengebühr von 3.500 Euro entsprechen. Auch das deutsche Gesundheitswesen ist fast hoffnungslos ungerecht. Wieso darf ich als Besserverdienender weniger bezahlen, bei besserer Leistung? Gleichzeitig sind meine Kinder kostenlos bei ihrer beitragsfreigestellten Mutter mit versichert? Die sozialen Systeme sind mithin weder effizient noch gerecht. Die Wähler spüren: Wir haben es mit einem überforderten Staat mit zunehmend überforderten Bürgern zu tun.

Ich stehe gewiss nicht unter dem Verdacht, der Anti-Globalisierungs-Bewegung *Attac* anzugehören. Wir müssen m. E. dennoch anerkennen, dass die 100 weltweit größten Unternehmen mehr Umsatz erwirtschaften als es der Größe des Bruttoinlandsprodukts der USA entspricht. Für dieses Phänomen gibt es weder eine Verfassung noch eine legitimierende Debatte. Hier findet schlichtweg das Gegenteil von Transparenz und Subsidiarität statt. Alles wird größer und anonym, die Wettbewerbsregeln sind hoch komplex und schwer steuerbar. Anonyme *Shareholder* ersetzen „anfassbare“ Arbeitgeber.

Als Bürger und als Staat müssen wir aber in der Lage sein, mit dieser Entwicklung umzugehen. In der Union vermisse ich eine diesbezügliche Debatte. Welcher Abgeordnete kann Ihnen die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge im Detail erklären?

Eine Vielzahl von internationalen Organisationen bevölkert den Globus, beispielsweise der Währungsfonds, die Weltbank, die OECD oder die WTU. Kaum ein Bürger kennt diese Organisationen, geschweige denn, dass er sie auseinanderhalten könnte. Es gibt NGO's ohne jede demokratische Legitimierung, die jedoch großen Einfluss besitzen. Die Entscheidungsmacht über die Makro-Ökonomie ist von den Parlamenten auf Finanzministerien, Zentralbanken und transnationale ökonomische Institutionen übergegangen. So etwas nennt man bürgerferne Institutionen, die

Traditionen vermissen lassen, wie sie in zahlreichen anderen, alten Demokratien über die Zeit gewachsen sind.

Diese Organisationen besitzen eigene institutionelle Strukturen und Kommunikationsnetzwerke, das heißt, wir haben eine Handlungslogik mit höchst indirekter demokratischer Kontrolle. Trotzdem habe ich nicht das Gefühl, da halten irgendwelche Imperialisten das Steuer in der Hand und beabsichtigen, eine Umverteilung von unten nach oben in die Wege zu leiten. Ich möchte diesen Organisationen auch keineswegs eine üble Gesinnung unterstellen, aber es ist ein demokratisches Problem, das wir ansprechen müssen. Diese Intransparenz wirkt sich auf alle Bürger aus, soviel steht fest. Sprechen wir das nicht an, verlieren wir Glaubwürdigkeit, weil wir Themen ausblenden, die für den Bürger von zentraler Bedeutung sind.

Haben wir eigentlich eine transnationale Gesellschaft ohne einen transnationalen Staat? Das ist eine Frage, mit der sich die Union dringend beschäftigen müsste. Erst über einen intensiven Dialog kommt man zu Antworten. Dabei gilt es nochmals zu betonen: Wir können Glaubwürdigkeit nicht mit Tricks erreichen. Die Tendenz zu sagen, wir halten jede Woche eine Pressekonzferenz ab und stellen die Regierung, so taktisch richtig das sein mag, hat mit Glaubwürdigkeit nichts zu tun. Wir schulden den Bürgern eine Antwort. Solange wir diese Antwort nicht geben können, können wir Glaubwürdigkeit nicht erreichen. Das ist der Punkt.

Mir ist es ein Anliegen, dass wir zum Kern der Frage vordringen. Die Schlüsselfrage nach dem Zweiten Weltkrieg lautete: Wie gelingt es uns, das zerstörte, schuldige Deutschland wieder aufzubauen? Und mit dieser Kernfrage haben sich die Gründungsväter- und -mütter der jungen Bundesrepublik auseinandergesetzt. Nicht nur Ludwig Erhard hat die soziale Marktwirtschaft konzipiert. In Deutschland gibt es ein traditionelles, fast konstitutives Wohlstandsversprechen. Eine wichtige Grundfrage bezieht sich auf das Versprechen der CDU, das da heißt: „Wohlstand für alle“.

Kann dieses Wohlfahrtsversprechen in Zukunft von der CDU in einer an die gegenwärtige Situation angepassten Form fortgesetzt werden? Diese Version würde dann in etwa folgendermaßen lauten: „Es wird vielen besser und keinem schlechter gehen.“ Das würde bedeuten, dass wir für die nächsten zehn Jahre trotz härtestem Sparkurs 3 Prozent Wachstum erreichen würden. Jährlich wären das 60 Milliarden Euro und entspräche dem Bruttosozialprodukt von Hamburg. Hier kann man die Dimensionen des Problems und des Lösungshorizonts erkennen. Und wenn wir das nicht sehen, dann wird uns die Aufgabe nicht bewusst, die vor uns liegt. Gleichzeitig sollten wir versuchen, die nicht fiskalisch bedingten sozialen Probleme zu beherrschen, die schließlich auch noch anstehen. Dies ist nicht nur eine Frage der Humanität, sondern pragmatisch gesehen wirken sich soziale Probleme auch wieder fiskalisch und wirtschaftlich aus.

Gibt es eine Alternative? Es gibt sie. Die Alternative heißt Verwaltung einer Wohlstandsschmälerung und Sicherheit auf niedrigstem Niveau. Dies ist letztlich die Position der politischen Linken. Diese Position birgt ein zusätzliches Problem in sich: Wir landen in einer totalen Abwärtsspirale. Diese Alternative verstärkt sich noch selbst, weil keine Investitionen mehr getätigt werden. Kein gangbarer Weg aus meiner Sicht, sondern ein einziges Dilemma.

Wenn wir zu diesem Dilemma keine Meinung formulieren, und zwar keine überzeugte Meinung, dann brauchen wir das Thema Glaubwürdigkeit nicht auf die Tagesordnung zu setzen. Der Vertrauensverlust der Bürger in die Politik wird nur weiter zunehmen. Wir brauchen uns nicht der Illusion hinzugeben, mit irgendwelchen kleineren Operationen an der Sache die Probleme zu lösen. Die Diagnose für den wirtschaftlichen Patienten Deutschland fällt, gelinde ausgedrückt, katastrophal aus. Und auf eine Katastrophe muss man mit entsprechenden Maßnahmen reagieren.

Nach diesem pessimistischen Blick auf die Ausgangslage habe ich auch eine Vorstellung, wie man das Problem angehen und bewältigen könnte. Wir haben einen vierzig Jahre andauernden Abwärtstrend, der durch demographische Veränderungen noch verschärft wird. Wir haben leere Kassen und möchten eine Trendwende herbeiführen. Und nichts anderes als eine Trendwende wird uns helfen.

Sie können das Notwendige gemäß dem Schulbuch für Turn-Arounds gliedern.

Erster Punkt: Face reality. Keine Verschönerung. Ich bin mir sicher, wenn man das den Bürgern so gerafft vorträgt, wird man in der deutschen Bevölkerung eine breite Zustimmung erhalten. Denn schließlich geht man nicht an die Öffentlichkeit und kündigt die Erhöhung der Praxisgebühr auf 20 Euro an. Nein, man verdeutlicht schonungslos, dass selbst mit 20 Euro Praxisgebühr das Problem nicht zu lösen sein wird. Es muss radikaler vorgegangen werden.

Zweiter Punkt: Verantwortlichkeit. Dieser Punkt beschäftigt mich am meisten. Es ist ein entscheidender Punkt, der in Deutschland nicht gut funktioniert. Die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges hatten zunächst beabsichtigt, Deutschland militärisch, politisch und wirtschaftlich zu schwächen und schwach zu halten. Es hat sogar Ansätze gegeben, Deutschland in lauter Kleinstaaten zu zerschlagen. Eingedenk der Erfahrungen in der Weimarer Republik wurde die Verfassung von innen heraus komplex und innovationsfeindlich gestaltet; sie ist veränderungsresistent geworden und somit bleibt auch die Verantwortlichkeit in Deutschland ungeklärt. Hier eine Novellierung durchzuführen, käme einem Meilenstein gleich. Ohne Veränderung werden wir die vor uns liegenden Aufgaben nicht meistern können.

Dritter Punkt: Wir brauchen Teamwork. Doch davon sind wir weit entfernt. Man kann an dieser Stelle von Verantwortungselite sprechen oder es Zu-

ordnung nennen. Zuordnung ist unverzichtbar, ohne das würde es „oben“ nicht funktionieren.

Eine Trendwende gelingt nicht über bloße Instrumente, sondern nur über Grundsätze. Was meine ich damit? Eine Jahrhundertreform, ist in der Tat Unsinn. Wir wissen nicht, ob sie wirklich so wirkt, wie man sich das vorstellt. Wir wissen auch nicht, wie lange sie hält. Wir glauben nicht, dass wir es alleine mit den Instrumenten, die uns zur Verfügung stehen, selbst mit der Steuerreform auf dem Bierdeckel, schaffen werden.

Es geht vielmehr um einen Mentalitätswechsel, um einen kulturellen Wechsel. Der Wille zum Wechsel ist ausschlaggebend. Was wir dafür brauchen, ist absolute Ehrlichkeit. Wenn bestimmte Kürzungen oder zu viele Kürzungen aus unserer Sicht nicht durchführbar sind, weil sie nicht vermittelbar sind, dann müssen wir einen anderen Weg einschlagen. Es geht jedoch nicht an, zu sagen, wir sagen es nicht und setzen es nach einer Wahl trotzdem durch. Wenn die Ehrlichkeit auf der Strecke bleibt, verliert man soviel Fundament in einem *turn around*, dass alle anderen Ziele unerreichbar werden. Wenn man also glaubt, man kann es vorher nicht sagen, kann man es hinterher auch nicht umsetzen. Das ist sozusagen das Fundament für Glaubwürdigkeit. Ein Wertefundament ist unverzichtbar. Dazu gehören ein humanes Menschenbild, die Definition der Rolle des Staates, die Legitimität von Regeln und eine Verantwortungs-Zuordnung.

Vierter Punkt: Klare Prinzipien der praktischen Politik, klare Prioritäten und Personen.

In schönem Unternehmensberater-Tonfall geht es um *Execution quality*, Dabei geht es um scheinbare Nebenthemen. Der GSM-Standard im Mobilfunk etwa. Betrieben von der Bundesregierung Ende der 80ziger Jahre ist er bis heute die Grundlage für die weltweit führende Stellung des Mobil-

funks. Erfolg setzt Wissen, Beschäftigung, eine klare Planung und die glaubwürdige Personal voraus.

Wir benötigen also Personen, die als Träger eines so aufgesetzten Programms fungieren. Denn wer überzeugt ist, kann auch andere überzeugen. Wer einen Plan hat, verkörpert auch, dass er einen Plan hat.

In diesem Zusammenhang befürworte ich – eingehend auf die gestrige Diskussion - die Entwicklung eines Kodexes, nicht unbedingt als Bestandteil eines neuen Grundsatzprogramms. Wie verhalten wir uns eigentlich? Nach welchen praktischen Maßstäben gehen wir vor? Lassen wir Nebentätigkeiten zu?

Inhaltlich muß das oberste Prinzip der politischen Handlungsmaxime für Deutschland Wachstum heißen! Das ist ein absolutes Kernparadigma. Alle anderen Fragen müssen diesem Prinzip untergeordnet werden. Die vorhin erwähnten 3 Prozent sind in den westlichen Ländern kaum erreicht worden. Das ist eine unheimlich hohe Messlatte, die man anlegt. Streifen wir diese Latte, bewegen wir uns in ein Desaster, das Argentinien durchlaufen hat. Argentinien war eines der reichsten Länder der Welt und ist 80 Jahre lang abgestiegen. Diese Entwicklung könnte auch Deutschland treffen. Ich möchte ungern als *Kassandra* auftreten, aber wenn wir keine Radikalkur unternehmen, wird auch uns eine solche Abstiegs spirale erfassen. Ich will nochmals darauf hinweisen, dass dies vor allem eine kulturelle und psychologische Frage ist.

Eine Frage unserer Einstellung sind auch die Themen um die man sich vorrangig kümmert. Unsere Politik konzentriert sich auf sogenannte *Cash cows*. Dabei handelt es sich um etablierte Produkte, die jährlich hohe, stabile und somit berechenbare Gewinne abwerfen. Die *Cash cows* müssen nicht im großen Stil unterstützt oder weiterentwickelt werden; sie werden im Prinzip nur noch „gemolken“. Die *Bild-Zeitung* ist beispielsweise eine

Cash cow des Axel Springer-Verlages. Der Markt wächst nicht mehr, der Marktanteil ist jedoch hoch, und so erzielt man auch in den nächsten Jahre noch hohe Gewinne. Deutschland ist ein Land von *Cash cow*-Unternehmen. Nehmen wir unsere Automobilindustrie: Es handelt sich um lauter traditionelle Unternehmen.

Keines der 100 größten Unternehmen in Deutschland ist jünger als dreißig Jahre. In den USA ist nach meiner Kenntnis die Hälfte der *Dow Jones*-Unternehmen jünger als dreißig Jahre. Wir aber bewahren in Deutschland vor allem die großen starken Unternehmen, weil wir glauben, wir könnten nicht auf sie verzichten, und richten unsere ganze Politik auf ihren Schutz und ihre Pflege aus. Normalerweise werden mit *Cash cows* neue Produkte finanziert. Doch wir ignorieren getrost die Frage, wo neue Chancen liegen und wo neue Unternehmen, neue „Stars“, aufsteigen könnten.

Man sollte sich etwa die gesamte Unternehmenssteuerreform mit der geplanten Senkung von 25 auf 19 Prozent und den hier momentan diskutierten Gegenfinanzierungsmodellen anschauen. Die Verlustverrechnung einzuschränken, würde bedeuten, Investitionen nach vorne hin zu kappen. Damit sinkt die ohnehin schon niedrige Eigenkapitalbasis von Unternehmen nur noch weiter. Ich würde diesen Weg nicht gehen. Wenn man sagt, dass man sich keine Steuersenkung leisten kann, wofür einiges spricht, dann lässt man es eben. Es ist wieder die alte Logik: Wir fördern unsere vorhandenen *Cash cows*.

Doch wie wollen wir die „Stars“ fördern? Durch Bildungspolitik? Prinzipiell schon. Doch das schließt eine kurzfristige Lösung aus. Durch Ordnungspolitik? Partiiell. Es geht aber um einen *turn around*, denn wir möchten die 3 Prozent ja möglichst bald erreichen, nicht erst in zehn Jahren. Was können wir also konkret unternehmen, um kurzfristig zusätzliche Impulse zu erhalten?

Wir müssen unsere kurzfristige Chancen erkennen und nutzen. Als ein Beispiel kann der stockende Ausbau des Flughafens Berlin-Schönefeld angeführt werden. Mit jedem Jahr, mit dem dieser Flughafen später kommt, muss man 30.000 Menschen mitteilen: „Ihr bleibt ein weiteres Jahr lang arbeitslos“. Es lassen sich überzeugende Argumente dafür finden, dass man den Flughafen nach Sperenberg hätte verlegen können. Das kann man jetzt noch gerne in 20 Jahren justizieren, aber so wird kein Wachstum wirksam. Hier wäre zu überlegen, ob wir das Bebauungsrecht verändern und dann noch einmal schnell loslegen. So würde normalerweise ein Unternehmen vorgehen.

Die Frage, wie man eine kurzfristige Wachstumssteigerung erreichen könnte, kann man systematisch durchdeklinieren, beispielsweise anhand der Branchen. *Erstens* Wachstum durch Deregulierung. Hier kann man der Politik nur ins Stammbuch schreiben: Kümmern Sie sich um die Energiewirtschaft, den Gasmarkt. Der Gasmarkt existiert in Deutschland nicht als freier Markt. Gas ist in Belgien billiger als in Deutschland, obwohl es durch Deutschland geleitet wird, wobei die Durchleitungskosten praktisch höher sind. Wir pflegen Monopole oder Oligopole und denken nicht daran, dass es neue Energieunternehmen geben soll. Im Telekommunikationsbereich sieht man, wie sich Deregulierung auswirken kann. In folgenden Branchen ist Wachstum durch kurzfristig wirkende Investitionen erreichbar: Handel mit Osteuropa, Tourismus (Events), Pharma, Umweltschutz und Regionen-Unterstützung.

Wie lassen sich nun Systeme kurzfristig zugunsten des Wachstums verändern? Indem man keine Mehrwertsteuer auf Dienstleistungen erhebt, dafür aber höhere auf Waren. Man führt Mehrwertsteuersätze wie im übrigen Europa ein, senkt dafür aber Lohnsteuern. Angebracht wäre eine schonende Arbeitsmarkt-Deregulierung. Auch mit Hilfe der europäischen Währungspolitik könnte man kurzfristig mehr Wachstum erreichen. Wie lässt sich der

Staat verändern und die Bevölkerung aktivieren? Mit Strukturreformen wie einer Zuständigkeitsentflechtung, einer Einkommenssteuerreform, einer Umgestaltung des Öffentlichen Dienstes (Aufgabenerfüllung, Bürgerbewertung etc.) könnte der Staat zu einer Wachstumssteigerung beitragen.

Der Bevölkerung müssen Impulse geboten und mit den Bürgerinnen und Bürgern könnte ein Vertrag abgeschlossen werden. Zum Beispiel: Unser Ziel sind 3 Prozent Wachstum und solange wir die nicht erreicht haben, verzichten alle Arbeitnehmer auf drei Urlaubs- oder Feiertage, aber – und das ist ausschlaggebend – diese drei Tage werden nur für eine bestimmte Zeitspanne gestrichen. Sobald wir die Marge von 3 Prozent erreicht haben, wird auch die Sperre der Feier- und Urlaubstage aufgehoben, weil wir dann statistisch eine erhöhte Arbeitszeit haben und deshalb im vergangenen Jahr so viel Wachstum hatten.

Wenn wir soweit sind, Prinzipien und Programme vorstellen zu können, fehlt uns noch ein Leitbild. Selbst wenn wir uns an diese Prinzipien halten, haben wir noch lange kein neues Miteinander geschaffen, das zwingend nötig ist: Die kulturelle Dimension eines neuen Aufbruchs, ein neues Staatsverständnis. In erster Linie müssen wir Zukunftsoptimismus verbreiten, denn ohne Optimismus werden wir nichts erreichen. Die Bevölkerung muss mitgehen. Aus diesem Grund bin ich skeptisch, ob man die Kündigungsregeln für bestehende Jobs einschränken sollte. Wenn wir die Unsicherheit der Menschen vergrößern, wird der Vertrauensverlust in die Politik immens zunehmen. Was wir auf der einen Seite aufbauen, reißen wir auf der anderen Seite ein.

Im letzten Teil meiner Ausführungen würde ich gerne auf das Leitbild zurückkommen. Bei einer Befragung unterschiedlichster Abgeordneter nach einem Leitbild lautete die Antwort: „Eine dynamische Wachstumsgesellschaft wäre notwendig.“ Dies schien wenig realistisch für Deutschland. Ein künftiges Leitbild könnte die absteigende Neidgesellschaft, die rückwärts

gewandte Staatsgesellschaft oder die sozial aktivierende Bürgergesellschaft sein. Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, von den Grünen bis zur CSU, haben sich einhellig für die sozial aktivierende Bürgergesellschaft entschieden. Offen gesprochen, ich halte das für genau nicht erfolgversprechend. Mit diesem Bild wird suggeriert, dass der Staat überfordert ist und weil er überfordert ist, vermittelt er seinen Bürgern: „Jetzt seid Ihr an der Reihe zu helfen.“ Unser eigenes Unvermögen wird mit dem Schönheitspflasterchen „sozial aktivierende Bürgergesellschaft“ überklebt.

Natürlich wirkt Entbürokratisierung positiv auf die Bürger, doch sie behebt nicht das ursprüngliche Problem, das sich uns mit der Belastung der sozialen Sicherungssysteme stellt. Überall erleben wir den realen Abstieg von Menschen. Wir kennen junge Akademiker, die keinen Arbeitsplatz finden. Und innerhalb der Bevölkerung kennt jeder jemanden mit genau diesem Problem. Kommunikativ und systematisch wird ein Leitbild so nicht funktionieren.

Deshalb habe ich versucht, die Anforderung an einen kommunikativen „Neustart“ zu formulieren. Was wir brauchen, ist ein Aufbauparadigma. Was wir momentan haben, ist jedoch ein Kürzungsparadigma. Von der fiskalischen Seite betrachtet, argumentieren wir, die Decke ist zu kurz. Ich möchte noch einmal auf die erwähnte Alternative hinweisen und die heißt Verwaltung des Abstiegs, der sich übrigens weiter beschleunigen würde.

Notwendig ist ein klares, positives und appellatives Leitbild. Dafür würde ich *sechs Vorschläge* als Diskussionsgrundlage benennen. Keiner ist fertig entwickelt. Aber es macht verständlicher, welche Richtungen man einschlagen könnte. Aufbauarbeit ist harte Arbeit. Die Union sollte sich dieser Herausforderung stellen und überlegen, an welchen Punkten sie konkret arbeiten möchte. Alle Leitbildideen basieren letztlich auf dem Prinzip einer Verkürzung, doch hinter dieser Verkürzung muss stets eine Vertiefung stehen.

Meine Argumentation kommt zum Problem politischer Slogans: Was wir gemeinhin als *Slogan* bezeichnen, ist eine hohle unsubstantivierte Verkürzung, die bei den Bürgern, selbst bei massenhafter Verbreitung, trotzdem sofort wieder in Vergessenheit geraten wird. Ohne inhaltliche Vertiefung geht es nicht! Und diese Vertiefung bedeutet harte Arbeit. Nach meiner persönlichen und politischen Auffassung muss die Vertiefung radikal und sozial sein.

Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass Reformen zusätzliche soziale Probleme generieren. Hier muss die Union offensiv vorgehen. Wenn sie nicht für eine Trendumkehr brennt und selbstbewusst sagen kann „Ich weiß, dass es eine Herkulesaufgabe ist, aber ich gehe sie auch wirklich an“, sondern der Bundesregierung in einem Punkt zustimmt und beim nächsten wieder nicht, werden sie die Mehrheit verlieren. Die Bürger nehmen Folgendes wahr: Mühsam wird ein Jobgipfel organisiert, der letztlich doch nicht stattfindet. Man stellt einen Erbschaftssteuervorschlag vor, den die Menschen im Detail nicht nachvollziehen können. Wer gibt den Bürgern eigentlich das Gefühl, wir wollen und müssen in Deutschland wieder Aufbauarbeit leisten? Die Botschaft, die wir herausstreichen müssen, ist: Wir packen die Probleme an! Wir sagen nicht nur, dass wir das Problem lösen, sondern wir *wollen* es auch lösen.

In den Augen der Bevölkerung ist der Konkurrent, der uns in der Globalisierung bedroht, vor allem China. Der einzige Vorteil Chinas liegt in seiner Größe. Aber man sollte einmal einen Blick auf die dortige Bildungssituation, die sozialen Verwerfungen und die Folgen der Ein-Kind-Politik werfen. Wäre ich anstelle des chinesischen Wirtschaftsministers, mir wäre unwohl angesichts der Gesamtentwicklung für die nächsten dreißig Jahre. Es verhält sich keineswegs so, dass man diesen Riesen nicht schlagen könnte, vorausgesetzt, man will es auch tatsächlich!

Jetzt zu den sechs Angeboten für ein Leitbild:

„Deutschland packt an – worauf warten wir eigentlich noch?“ formulierte Roman Herzog in seiner am 26. April 1997 in Berlin gehaltenen so genannten „Ruck-Rede“. Hinter dieser Terminologie wurde allerdings keine Vertiefung wirksam. Ohne Vertiefung kann man keinen Erfolg erwarten. Wir werden nicht eines Morgens aufwachen und es stehen plötzlich 100.000 Bundesbürger hinter diesem Programm. Zunächst brauchen wir einen Kreis von wenigen, die die Veränderung wollen und zusammen anstoßen.

Ein *zweiter Ansatz* lautet folgendermaßen: Vertrauen wächst nur, wenn man die Chancen und die Konstanten definiert. Wo liegen also a) die Chancen und b) die Konstanten? Unser Ausgangspunkt ist folgender: Deutschland besitzt keine Rohstoffe und ist trotzdem reich geworden. Wir müssen unsere Stärken Kapital und *Know-how* einsetzen und etwas daraus machen. Wir brauchen eine neue Kultur für den Mittelstand. Der heute noch überforderte Staat muss wieder erfolgreich werden. Wir bedürfen eines neuen sozialen Ausgleichs, effizienter und gerechter als bisher, der Wiederherstellung des Erfolgsdreiecks Deutschlands (Wirtschaftliche Dynamik, persönliche Freiheit und sozialer Konsens), intelligenter Reformen.

In erster Linie müssen wir eine kulturelle Wende herbeiführen. Wir als Nation besitzen doch eine Art Gen, das uns mobilisieren sollte, die anstehenden Aufgaben zu bewältigen. Deshalb betrifft der *dritte Punkt* die aufgeklärte Gesellschaft. Man muss die Bevölkerung befähigen, mit den neuen Umständen umzugehen. War es nicht Charles de Montesquieu, der feststellte, ohne eine aufgeklärte Gesellschaft gibt es keinen Staat? Für einen neuen Staat oder ein neues Gemeinschaftswesen ist der aufgeklärte Bürger unabdingbar. Ich bin mir nicht sicher, ob wir dies bewältigen können, aber es wäre eine Möglichkeit. Wir schaffen neue Wohlstandsgrundlagen, wir nehmen die Wahrheit an, wir nutzen neue Chancen, denn das gegenwärtige

soziale System schadet allen. Wenn wir jetzt gemeinsam mehr arbeiten, werden alle mehr haben. Deutschland braucht wieder mehr Sozialkompetenz (Sozialkapital).

In der vierten Variante wird die Ordnungspolitik und ihre wohltätige Wirkung wieder in den Vordergrund gestellt. Ein aktualisiertes Wohlstandsversprechen wie beispielsweise „wieder Wohlstand für alle“ soll durch eine neue soziale Marktwirtschaft erreicht werden. Der „Normalbürger“, der Politik anders wahrnimmt, entdeckt aber in seinem persönlichen Umfeld, dass nicht einmal mehr Schulen renoviert werden und erlebt somit real, dass der Staat mit tiefgreifenden Problemen zu kämpfen hat. In Bayern fällt die Gesamtsituation vermutlich noch ein wenig günstiger aus als in Ostdeutschland.

In der fünften Möglichkeit geht es darum, den Kern zu benennen, warum unser Staat sich überfordert zeigt. Auch hier steht eine Mentalitätsfrage am Anfang. Wollen wir wirklich ein wirksames Gemeinwesen. Sind wir bereit, konsequent zu lernen und zu handeln, wenn etwas nicht funktioniert. Sind wir bereit, Aufgaben an Private abzugeben, aber genauso auch den Staat in vielen Fällen in der Pflicht zu lassen? Die Reise im Zug von London nach Paris beginnt im englischen privatisierten Teil mit Verspätungen und langsamer Fahrt wegen defekter Schienen. Dann reisen sie durch den Tunnel einer bankrotten, börsennotierten Firma. Und erst im staatlichen französischen Teil rasen sie zeitgemäß. Richtige Regulierung ist also ein schwieriges Unterfangen.

Das gilt auch in Deutschland, zum Beispiel im Arbeitsmarkt: Das Problem der betriebsbedingten Kündigung ist in Wirklichkeit eine Umgehung der personenbedingten Kündigung. Vor einem deutschen Arbeitsgericht lässt sich eine Kündigung nur dann durchsetzen, wenn ein Arbeitnehmer wiederholt beim Diebstahl ertappt wird. Dies kommt in der Praxis wohl eher seltener vor. Es gibt keine personenbedingte Kündigung und aus diesem

Grund fehlt auch die Verantwortlichkeit. Derjenige, der das Mautdesaster im Verkehrsministerium zu verantworten hat, ist doch unentlastbar. Er muss für den entstandenen Schaden nicht aufkommen. Es handelt sich um einen eindeutigen Projektsteuerungsfehler. In der Wirtschaft verfolgt man Ziele. Und wir sind verantwortlich, selbst wenn keinen Fehler begehen. Es reicht bereits aus, wenn wir unsere Ziele nicht erreichen, denn dann sind wir aus dem Rennen. Mit der Logik unseres Arbeitsrechts ist dies natürlich völlig unvereinbar. Das ist ein richtiger Paradigmenwechsel, der aus meiner Sicht auch notwendig wäre.

Die Mentalität, keine Verantwortung zu übernehmen, ist weit verbreitet. Man kann auch die alte Terminologie wieder aufnehmen. Dann müssen wir aber nicht nur „neue“ soziale Marktwirtschaft als Begrifflichkeit nehmen, sondern auch das Wohlstandsversprechen erneuern: Wir wollen wieder Wohlstand für alle! Bereits in meiner Eingangsthese habe ich Folgendes erwähnt: Wir wollen die Trendwende, das heißt, wir schaffen mindestens so viel Wachstum, dass es keinem schlechter geht; einigen wird es sogar besser gehen. Für den Politiker beinhaltet diese Politik ein Risiko für die eigene Karriere. Er kann mit dieser Politik scheitern und sollte diese Option einkalkulieren.

Ich möchte Ihnen einen letzten Ansatz vorstellen: Das Wachstum fehlt auch, weil der Wille zu Innovationen in Deutschland fehlt. Die deutsche Politik ist innovationsfeindlich, die Bevölkerung im Übrigen auch. Wir stellen eine hohe Resistenz gegen Veränderungen fest. Dieses Verhalten sagt einiges über den Zustand unserer Gesellschaft und die Mentalität der Veränderungsbereitschaft in Deutschland aus.

Nicht nur die Regeln und Auswahlkriterien sind hierzulande innovationsfeindlich, selbst die politische Tradition und Verwaltungstradition sind es. Mit dieser Tradition müssen wir brechen, wenn wir wieder innovativ sein wollen. Es gab auch einmal andere Zeiten in Deutschland. Wir bauen kei-

nen Transrapid; der Airbus A 380 ist als Idee später entstanden als die 4. Startbahn am Frankfurter Flughafen. Dafür sind lediglich vier Kilometer Gelände zu asphaltieren, theoretisch also kein Problem. Aber wir leisten uns den Luxus, die Startbahn nach zehn Jahren auch nicht ansatzweise im Flächennutzungsplan durchgesetzt zu haben. Wenn wir in diesem Stil fortfahren, erreichen wir natürlich nichts.

Innovation bietet übrigens eine Gelegenheit für die Anwendung von Leuchtturmpolitik zur Unterstützung eines Leitbildes. Das berühmteste Beispiel für Leuchtturmpolitik stammt vom amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy und betrifft das Apollo 11-Programm. 1961 war die Stimmung in den USA depressiv, doch Kennedy sagte: Wir werden noch in diesem Jahrzehnt zum Mond fliegen! Das ist ein Leuchtturmprojekt.

Natürlich könnten wir uns zum Ziel setzen, in zehn Jahren 100 Weltmarktprodukte zu etablieren. Weltmarktprodukt wäre in meinen Augen ein Produkt mit 1 Milliarde Euro Umsatz. Doch ich meine, unser Leuchtturm ist das Land der Ideen. Mein Unternehmen hat diese Formulierung vorgeschlagen und die Kampagne für die Fußballweltmeisterschaft 2006 übernommen. Man könnte sich überlegen, ob dieser Satz nicht auch politisch Anwendung findet, zumal er auf eine Äußerung von Bundespräsident Köhler zurückgeht.

Lassen Sie mich nochmals gebündelt die sechs Leitbildthesen vorstellen: 1. Deutschland packt's an. 2. Wieder Wohlstand für alle – Neue soziale Marktwirtschaft. 3. Chancen für Deutschland. 4. Aufgeklärte Gesellschaft. 5. Den überforderten Staat wieder erfolgreich machen. 6. Deutschland – Land der Ideen. Allen Vorschlägen ist eines gemeinsam: Konsequenz ist erfolgsentscheidend.

Unter einem Leitbild verstehen wir die Vorgabe einer Kernrichtung. Diese muss man sich natürlich erst einmal erarbeiten und testen. Es geht um einen kulturellen Wechsel, nicht um einen Maßnahmenwechsel. Wenn wir den Wechsel jetzt nicht erreichen, werden wir es nie schaffen, egal wie effektiv die Maßnahmen sind. ■

Die Autoren



Dr. Michael Borchard

Leiter der Hauptabteilung Politik und Beratung der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.



Prof. Dr. Jörg-Dieter Gauger

Stellvertretender Leiter der Hauptabteilung
wissenschaftliche Dienste der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.



Alois Glück

Präsident des Bayerischen Landtags,
Stellvertretender Vorsitzender der
Hanns-Seidel-Stiftung e.V.



Prof. Thomas Heilmann

Vorstandsvorsitzender der Scholz & Friends AG



Prof. Dr. Roman Herzog

Bundespräsident a.D.
Vorsitzender des Kuratoriums der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.



Prof. Dr. Dr. Karl-Rudolf Korte

Geschäftsführender Direktor des Instituts für
Politikwissenschaft an der Universität Duisburg-Essen



Klaus-Peter Schöppner

Geschäftsführer von TNS Emnid

Das Kuratorium der Konrad-Adenauer-Stiftung

Professor Dr. Roman Herzog, Vorsitzender
Bundespräsident a.D.

Professor Dr. Kurt H. Biedenkopf
Ministerpräsident a.D.

Dr. h.c. Birgit Breuel
Präsidentin a.D. der ehem. Treuhandanstalt

Professor Dr. Manfred Erhardt
Generalsekretär a.D. des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft

Barbara Groth
Fernsehdirektorin a.D.

Professor Monika Grütters MdB

Sprecherin des Vorstandes der Kulturstiftung Brandenburger Tor der Bankgesellschaft Berlin

Professor Dr. Ulrich von Hehl

Professor für Neuere und Neueste Geschichte, Universität Leipzig

Professor Dr. Eilert Herms

Direktor des Instituts für Ethik an der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Universität Tübingen

Professor Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang A. Herrmann

Präsident der Technischen Universität München

Professor Dr. Renate Köcher

Geschäftsführerin des Instituts für Demoskopie Allensbach

Professor Dr. Horst Köhler

(ruhende Mitgliedschaft)
Bundespräsident

Dr. Volkmar Köhler

Parlamentarischer Staatssekretär a.D.

Klaus-Peter Müller

Sprecher des Vorstandes der Commerzbank AG

Klaus D. Naumann

Generalinspekteur a.D., ehem. Vorsitzender des NATO-Militärausschusses

Professor Dr. Udo Reiter

Intendant des Mitteldeutschen Rundfunks (MDR)

Professor Dr. Eberhard Schockenhoff

Professor für Moraltheologie an der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg i.Br.

Professor Dr. Rupert Scholz

Bundesminister a.D., Sprecher des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, insbesondere Verwaltungslehre und Finanzrecht an der Universität München

Professor Dr. Dr. h.c. Volker Schumpelick

Direktor der Chirurgischen Klinik und Poliklinik, Universitätsklinikum Aachen

Ingrid Sehrbrock

Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Dr. h.c. Rudolf Seiters

Bundesminister a.D., Präsident des Deutschen Roten Kreuzes

Professor Dr. Christoph Stölzl

Senator a.D., Vizepräsident des Abgeordnetenhauses von Berlin

Professor Dr. h.c. Dieter Stolte

Intendant des ZDF a.D.

Professor Dr. h.c. Horst Teltschik

Präsident der Boeing International Corporation Deutschland

Professor Dr. Dr. h.c. mult. Hans Tietmeyer

Präsident i.R. der Deutschen Bundesbank

Stand: August 2005

